



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## RUSSISCHE WIRTSCHAFT

■ ANALYSE		
Aussichten für Russlands Wirtschaftswachstum		2
Roland Götz, Wiltingen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Wirtschaftsindikatoren, Öl- und Gasförderung, Exportzahlen und Bevölkerungswachstum		7
■ UMFRAGE		
Russische Umfragen zur wirtschaftlichen Situation		9
■ DOKUMENTATION		
Kulturschaffende Russlands unterstützen die Position des Präsidenten zur Ukraine und zur Krim		14
Erklärung des Kongresses der Intelligenzija		
»Gegen Krieg, gegen eine Selbstisolierung Russlands, gegen eine Restauration von Totalitarismus«		15
Gemeinsame Erklärung zur Lage in der Ukraine		16
Münsteraner Erklärung		17
■ UMFRAGE		
Russische Umfragen zu den Entwicklungen in der Ukraine		18
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Der Krieg in der Ukraine		23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Putins Rationalität		25
Jens Siegert, Berlin		
■ CHRONIK		
10. April – 8. Mai 2014		27



## Aussichten für Russlands Wirtschaftswachstum

Roland Götz, Wiltingen

### Zusammenfassung

Russland erlebte nach der Krise von 1998 einen »Ölboom«, der einerseits durch den jähen Preisanstieg von Erdöl, andererseits durch die Wiederinbetriebnahme schon in sowjetischer Zeit erkundeter und erschlossener Ölfelder ermöglicht wurde. Der kurze Wirtschaftsaufschwung nach der Krise 2008/09 kam dagegen schnell zum Erliegen, weil der Ölpreis nur wenig über sein bereits 2008 erreichtes Niveau anstieg. Die Entwicklung des Ölpreises bestimmt den Trend des Wirtschaftswachstums in Russland. Andere Faktoren wie das Arbeitskräftepotential und die staatliche Wirtschaftspolitik sind dagegen von zweitrangiger Bedeutung. Eine deutliche Barriere für das Wirtschaftswachstum bilden Korruption, geringe Rechtssicherheit und bürokratische Willkür. So lange die politische Modernisierung nicht vorankommt, sind auch der wirtschaftlichen Modernisierung enge Grenzen gesetzt. Noch Anfang 2014 konnte die Führung Russlands auf ein gegenüber 2013 verbessertes Wirtschaftsergebnis hoffen. Durch die ökonomischen Folgen der Ukraine-Krise wie Kapitalabfluss, Abwertungsdruck und importierte Inflation sowie die geringe Investitionsneigung ist dagegen Stagflation zu erwarten, wobei noch nicht abzusehen ist, ob diese bereits eine längere Stagnationsphase einleitet.

### Vom Wachstumsoptimismus zum Wachstumspessimismus

Als nach der Wirtschaftskrise 2008 das Wirtschaftswachstum zunächst wieder angezogen hatte, glaubte die politische Führung an eine Wiederholung des Rekordwachstums während des ersten Jahrzehnts, als Russlands Volkswirtschaft bis zur Krise 2008 mit durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr gewachsen war. Im Januar 2011 hielt der damalige Präsident Dmitrij Medwedew für die Zukunft sogar ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von acht bis zehn Prozent für möglich. Noch Anfang 2013 gab Medwedew ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens fünf Prozent als Ziel vor. Der Glaube an die Machbarkeit von Wirtschaftswachstum durch staatliche Dekrete erwies sich jedoch schnell als Illusion. Tatsächlich ist Russlands Wirtschaft 2013 nur um 1,3 Prozent und damit weniger als die der meisten anderen Staaten im postsowjetischen Raum gewachsen. Nur Belarus und die Ukraine, die beide auf Russland als Absatzmarkt angewiesen sind, verzeichneten 2013 ein noch geringeres Wirtschaftswachstum.

Anfang 2014 erhoffte sich Russlands Führung das Einschwenken auf einen Wachstumspfad mit Wachstumsraten von mindestens drei Prozent pro Jahr. Im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise sind diese Erwartungen jedoch fragwürdig geworden. Russlands Kapitalbesitzer transferieren liquide Mittel ins Ausland, wodurch der Kapitalabfluss 2014 nach Einschätzung des ehemaligen Finanzministers Kudrin mindestens 150 Mrd. US-Dollar erreichen wird (<http://ria.ru/economy/20140327/1001269949.html>). Die dadurch bewirkten vermehrten Käufe von Devisen führen zur Abwertung des Rubels, was Importwaren verteuert und dadurch die Inflationsrate erhöht, ohne dass die Verbil-

ligung der eigenen Exporte einen Exportboom bewirkt. Die Zentralbank reagierte auf die über ihrem Inflationsziel liegende Inflationsrate mit Erhöhung des Leitzinses, was Kredite verteuert und die Investitionsneigung dämpft. Für 2014 und möglicherweise auch für die Folgejahre ist so kein Wirtschaftswachstum zu erwarten, sondern Stagnation plus Inflation (»Stagflation«).

### Wachstumslokomotive Erdölexport

Die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird in Russland vor allem durch die Veränderung des Warenexports bestimmt. Für diesen hat die Nachfrage nach Energieträgern, darunter an erster Stelle Erdöl und Erdölprodukte (Benzin, Diesel, Schmierstoffe), die über 50 Prozent Anteil am Warenexport ausmachen, besondere Bedeutung. Geringere Bedeutung für die Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft hat Erdgas mit einem Exportanteil von 13 Prozent. Der Kohleexport mit einem Anteil von zwei Prozent spielt für die Volkswirtschaft nur eine untergeordnete Rolle (siehe Tabelle 1 auf S. 7).

Die Schwankungen der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts Russlands verlaufen parallel zum Wert des Warenexports, der wiederum weitgehend der Veränderung des Ölpreises folgt (siehe Grafik 1 auf S. 8). Das hat mehrere Gründe: Erstens bedeutet ein Anstieg des Ölpreises vermehrte Gewinne beim Export von Rohöl und Ölprodukten. Zweitens wird die Inbetriebnahme von Ölfeldern mit höheren Förderkosten rentabel, was entsprechende Investitionen in Fördereinrichtungen, Pipelines und Verarbeitungsbetriebe nach sich zieht. Dadurch steigen wiederum die Aufträge an den Maschinen- und Fahrzeugbau, was positive Rückwirkungen auf vorgelagerte Industriezweige, die Beschäftigung und den Konsum hat. Da Ölförderung und Ölex-

port hoch besteuert werden, können hiermit auch die Staatsausgaben steigen. Der Ölpreis ist die »Lokomotive« der Wirtschaftsentwicklung in Russland. Dieser Zusammenhang ist durch ökonometrische Studien bestätigt worden. Besonders starke positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum Russlands stellten sich ein, als der Erdölpreis zwischen 1999 und 2008 auf das Sechsfache und gleichzeitig die Ölfördermenge in Russland um zwei Drittel stieg. Nach dem Einbruch des Erdölpreises in der zweiten Jahreshälfte 2008 und seit seiner Erholung 2009 und 2010 stagniert der Ölpreis (wenn auch auf hohem Niveau) seit 2011 – und das Wirtschaftswachstum kommt in Russland zum Erliegen, obwohl die Ölförderung immer noch zunimmt (siehe Grafik 2 auf S. 8).

### Die Zukunft des Ölpreises und von Russlands Öl- und Gasförderung

Führende Energieforschungseinrichtungen sind übereinstimmend der Ansicht, dass der »reale« Ölpreis (unter Herausrechnung der Inflationsrate in den westlichen Industrieländern) in den kommenden Jahrzehnten das 2008 erreichte Niveau nicht mehr wesentlich überschreiten wird. Die von der OECD getragene Internationale Energieagentur (IEA) nimmt in ihrem Referenzszenario (»New Policies«, bei aktiver Klimaschutzpolitik) an, dass der Ölpreis (der Ölsorte »Brent«) bis 2035 nicht wesentlich über 120 \$ pro Barrel (159 l) ansteigen wird (IEA: World Energy Outlook. Paris 2013, S. 491). Die der US-Regierung unterstehende »Energy Information Administration« (EIA) erwartet in ihrem Referenzfall (mittleres Wirtschaftswachstum) einen Anstieg des Ölpreises bis 2035 auf knapp 150 \$ pro Barrel (EIA: Annual Energy Outlook 2013, S. 31, <<http://www.eia.gov/>>). Derlei Prognosen können allerdings historische Ereignisse wie die Ukraine-Krise allerdings nicht einbeziehen, die einen deutlichen Anstieg des Ölpreises zur Folge haben können. Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Russland würden sich jedoch nur einstellen, wenn dieser Ölpreisanstieg jahrelang anhielte.

Russlands Ölförderung tendiert zur Stagnation, da überwiegend Erdöl in Feldern gefördert wird, die bereits seit den 1960er Jahren entdeckt worden waren und die nun sämtlich in die Phase des Förderrückgangs eingetreten sind. Für die zukünftige Entwicklung der Ölförderung ist entscheidend, wie rasch die Ausbeutungsrate in diesen Vorkommen absinken wird und wie schnell neue Felder »zur Kompensation« in Betrieb genommen werden können. Wie Russlands Energieminister Aleksandr Nowak im Oktober 2013 verkündete, erwartet man noch bis 2020 eine leichte Zunahme der Erdölförderung auf dann 535 Millionen Tonnen. Die EIA prognostiziert das Maximum der Ölförderung Russlands sogar erst im Jahr 2035 und bei 600 Millionen Tonnen. Es ist

aber durchaus möglich, dass das Tempo der Neuerschließung nicht ausreicht, um den Rückgang der Ölförderung auf den erschöpften alten Feldern auszugleichen. Entsprechende pessimistische Prognosen (so von Wojciech Konończuk, siehe Lesetipps) besagen, dass die Ölförderung in Russland bereits ab 2015/2017 fallen wird. Demnach werde sie 2020 bei rund 500 Millionen Tonnen und 2030 nur noch zwischen 400 und 440 Millionen Tonnen liegen. Wenn aber der Westen in Reaktion auf einen Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine ein Ölembargo gegenüber Russland verhängen würde, wozu er wegen der Möglichkeit des Ausweichens auf andere Lieferanten in der Lage ist, wäre ein drastischer Rückgang des Erdölexports und der Erdölförderung unausweichlich und ein schwerer und lange anhaltender Einbruch des Wirtschaftswachstums in Russland die Folge.

Bei Erdgas sind die Prognosen übereinstimmend optimistisch. Russlands Regierung wie auch westliche Energieforschungsinstitute gehen von einem Anstieg der Erdgasförderung gegenüber 2012 um rund 150 Mrd. m<sup>3</sup> (das entspricht dem Doppelten des Erdgasverbrauchs in Deutschland) zumindest bis 2035 aus; dieser würde nicht von den Produktionsmöglichkeiten in Russland, sondern allenfalls von der Nachfrageentwicklung in Europa und in China begrenzt werden. Freilich tritt in Russland die Bedeutung von Erdgas als Exportprodukt und Mittel zur Generierung von Staatseinnahmen weit hinter dem Erdöl zurück, so dass die steigende Gasförderung einen ausgeprägten Rückgang der Ölförderung nicht ausgleichen könnte. Dass die russische Führung oder gar Gazprom selbst zur »Gaswaffe« (einer Blockade der Gaslieferungen in einzelne EU-Staaten oder die EU insgesamt) greifen könnte und wollte, gehört zu den am meisten kolportierten »Narrativen« im Russlanddiskurs. Wegen der symmetrischen Interdependenz der europäisch-russischen Gasbeziehungen scheidet die »Gaswaffe« sowohl für Russland als Druckmittel als auch für den Westen als Sanktionsinstrument aus. Deswegen sind Überlegungen, die auf Einschränkung der Gasbezüge aus Russland abzielen, unbegründet. Auch weil realistische Alternativen zum Gas aus Russland nicht bestehen, kann davon ausgegangen werden, dass Europa noch für Jahrzehnte der Hauptabatzmarkt für Erdgas aus Russland bleiben wird.

Eine Einschränkung des Wirtschaftswachstums in Russland durch Rohstoffmangel ist kaum zu erwarten. Doch ist Rohstoffreichtum andererseits auch kein Garant für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung. Die These vom »Ressourcenfluch« (*resource curse*) und die verwandte Theorie der »holländischen Krankheit« (*Dutch disease*) besagen, dass Reichtum an Naturressourcen in einer stark auf Rohstoffexport ausgerichteten Volkswirtschaft negative Wirkungen haben kann, wenn wie in Russland Gesellschaft und Staat nicht regu-

lierend eingreifen. Zu diesen Wirkungen gehören eine ausgeprägte Abhängigkeit von der Weltmarktkonjunktur, eine starke Währung mit der Folge hoher Importe und geringer Exporte von Industriewaren, das Streben nach »mühelosem« Einkommen (»Ressourcenrenten«) und die Verfestigung autoritärer Herrschaft.

Die mit der Ukrainekrise verbundene Kapitalflucht bewirkt eine Abwertung des Rubels bzw. eine Verteuerung der Importgüter. Da das Land außer Rohstoffen (die in US-Dollar abgerechnet werden) aber nur wenige weltmarktfähige Waren anzubieten hat, wird gleichzeitig – trotz der abwertungsbedingten niedrigen Exportpreise der Industriewaren – jedoch kein ausgeprägter Exportboom ausgelöst, der das Wirtschaftswachstum wesentlich positiv beeinflussen könnte.

### Investitionen und Investitionsklima

Der »Ölboom« der Jahre 2000–2008 war möglich, weil das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential zu Anfang des Jahrzehnts bei Weitem nicht ausgelastet gewesen war. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war der amtlichen Statistik zufolge zwischen 1988 und 1998 um rund 60 Prozent zurückgegangen. Das Produktionspotential (der Kapitalstock, das Sachanlagevermögen) hatte dagegen im selben Zeitraum stagniert, weil selbst die geringen Investitionen der 1990er Jahre (die allerdings höher waren, als von der amtlichen Statistik ausgewiesen wird) zu seinem Erhalt ausreichten. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts bestand daher eine Kapazitätsreserve, die bei vergleichsweise geringen Investitionen in den Folgejahren eine Verdoppelung des BIP zuließ. Seither ist das Produktionspotential nahezu voll ausgelastet und bedarf zu seiner Erneuerung und Erweiterung höherer Investitionen als in den Vorjahren, in denen man noch »aus der Substanz« leben konnte. Bei einer Stagnation des Ölpreises und dem daraus resultierenden schwachen Impuls für das Wirtschaftswachstum sind aber nur niedrige Investitionen zu erwarten, die ihrerseits die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen.

Die Ukraine-Krise wird gegenläufige Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit haben: Einerseits werden westliche Unternehmen ihre Investitionsvorhaben in Russland kürzen oder ganz fallen lassen und Kapital abziehen. Andererseits werden in Russland Produktionskapazitäten aufgebaut werden müssen, um wegfallende Importe aus der Ukraine (darunter vor allem Rüstungsgüter) zu ersetzen. Auf der Krim laufen zwar Infrastrukturprojekte wie die Schaffung einer Landverbindung zum russischen Festland an. Insgesamt aber dürfte die Investitionstätigkeit unter dem Eindruck der Ukraine-Krise jedoch verhalten bleiben.

### Bevölkerung und Humankapital

Neben dem Realkapital ist der Arbeitskräfteeinsatz und dessen Produktivität der zweite wichtige Faktor, der

den Umfang der Produktion und des möglichen Wirtschaftswachstums bestimmt. Das Arbeitskräftepotential hängt wiederum von der Bevölkerungsentwicklung ab. Für das nachsowjetische Russland war lange Zeit einerseits eine für Industrieländer typische niedrige Geburtenrate (unter 1,5 Kinder pro Frau), andererseits eine für Industrieländer atypisch hohe Sterblichkeit – vor allem im Alter zwischen 15 und 60 Jahren – kennzeichnend gewesen. Letztere war in erster Linie dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung des Landes in den 1990er Jahren abnahm (siehe Grafik 3 auf S. 9). Hinzu kam die Emigration gut ausgebildeter Arbeitskräfte, die im Westen nicht nur mehr verdienen können, sondern auch der in der Heimat herrschenden Willkür des staatlichen Apparats entgehen wollten. Dieser *brain drain* wird zwar quantitativ durch die Immigration von Arbeitskräften aus Zentralasien ersetzt, die aber nicht die berufliche Qualifikation der Emigranten aufweisen. Prognosen eines unaufhaltsamen Rückgangs der Bevölkerung haben sich im neuen Jahrtausend nicht bewahrheitet. Seit 2006 stagniert die Bevölkerung Russlands bei rund 143 Millionen, weil Geburten und Immigration zunehmen, während die Zahl der Gestorbenen zurückging (siehe Grafik 3 auf S. 9). Wie sich die Bevölkerung künftig entwickeln wird, kann nur mit einem beträchtlichen Spielraum geschätzt werden. Klar scheint zu sein, dass das Arbeitskräftepotential deutlich abnehmen wird, weil die geburtenstarken Jahrgänge der Spätzeit der Sowjetunion aus dem Erwerbsleben ausscheiden und die nachrückenden Generationen der nach 1990 Geborenen um 40 Prozent zahlenschwächer sind. Selbst der Migrationsüberschuss von rund 300.000 Menschen pro Jahr kann diesen Verlust nicht ausgleichen. Auch die Aufhebung der Visapflicht und der Arbeitsbeschränkungen für Arbeitskräfte aus Zentralasien, die für die Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland gebraucht werden, wird dieses Defizit nicht beseitigen können.

### Staatlichen Wachstumspolitik und die Korruption

Für marktwirtschaftliche Reformen als Hauptinstrumente der Wirtschafts- und Wachstumspolitik sprechen sich in Russland die in westlichem ökonomischem Denken geschulten Ökonomen aus, die vorwiegend an den nach 1990 neu gegründeten wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulen tätig sind. Zu ihnen gehören Jewgenij Jasin, der Gründungsvater der Moskauer Hochschule für Ökonomie (»Higher School of Economics«) deren Rektor Jaroslaw Kusminow, der Vizerektor Andrej Jakowlew, der Rektor der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und den Staatsdienst Wladimir Mau, der Leiter der Ökonomischen Expertengruppe beim Finanzministerium



Jewsej Gurwitsch sowie der im April 2013 nach Frankreich emigrierte ehemalige Rektor der Russischen wirtschaftswissenschaftlichen Hochschule Sergej Gurijew. Ihre wirtschaftspolitischen Positionen werden von wichtigen Staatsfunktionären wie dem Wirtschaftsberater des Präsidenten Andrej Belosow, Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew, der Zentralbankchefin Elvira Nabiullina und der Leiterin der Föderalen Agentur für die Verwaltung des Staatseigentums Olga Dergunowa geteilt, die alle auf Weisung Putins in ihre Ämter berufen wurden.

Ihnen und den Ratschlägen des IWF und der Weltbank ist zu verdanken, dass die Geld-, Finanz- und Privatisierungspolitik Russlands bislang noch eine »liberale« Handschrift aufweist: Die Zentralbank Russlands verfolgt mit ihrer Geldpolitik in erster Linie das Ziel einer Inflationskontrolle (*inflation-targeting*). Diesem Ziel diene auch die am 25.04.2014 erfolgte Erhöhung des Leitzinssatzes auf 7,5 Prozent (<[http://cbr.ru/eng/press/pr.aspx?file=25042014\\_1335371.htm](http://cbr.ru/eng/press/pr.aspx?file=25042014_1335371.htm)>). Außerdem erhöhte die Zentralbank die Flexibilität des Wechselkurses, damit »externe Schocks« besser absorbiert werden können, die aus der Volatilität des Ölpreises und damit der Exporteinnahmen resultieren. 2015 will sich die Zentralbank vollständig aus der Regulierung des Wechselkurses zurückziehen und sich darauf konzentrieren, die Inflation in einem im Voraus bekannt gegebenen Umfang zu senken. Sie verzichtet damit auf eine eigenständige Wachstumspolitik, die sie der Fiskalpolitik und der allgemeinen Reformpolitik überantwortet. Ob die Zentralbank allerdings ihre auf makroökonomische Stabilität ausgerichtete Geldpolitik beibehalten kann, wenn es im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise zu einem fundamentalen Kurswechsel der Außen- und Wirtschaftspolitik kommen sollte, ist zweifelhaft.

Die Staatsausgaben orientieren sich seit 2013 am durchschnittlichen Ölpreis der zehn Vorjahre. Die Budgetplanung begrenzt ab 2013 das Haushaltsdefizit auf ein Prozent des BIP, was den Spielraum für fiskalische Ankurbelungspolitik deutlich beschränkt. Die Privatisierung der Staatsunternehmen geht weiter. Wenn sich jedoch Russland nach dem Vorbild der Krim weitere Teile der Ukraine aneignen würde, müsste die Fiskalpolitik ihre Ausrichtung auf finanzielle Stabilität aufgeben. Dann würden nämlich aus dem Staatshaushalt nicht nur vermehrte Ausgaben für das Militär, sondern auch für den Umbau der Infrastruktur sowie Sozialausgaben zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Territorien an das in Kernrussland bestehende Niveau finanziert werden müssen; das würde die entsprechenden Aufwendungen für die Integration der Krim um ein Vielfaches übersteigen.

Ganz andere Positionen als die in der Geld- und Finanzpolitik tonangebenden »Liberalen« vertre-

ten Wissenschaftler aus der ehemaligen sowjetischen ökonomisch-mathematischen Schule, die nun an der Russischen Akademie der Wissenschaften tätig sind, beispielsweise Sergej Glasjew und Viktor Iwanter. Sie und Gleichgesinnte wie Michail Deljagin haben sich in dem nach dem ehemaligen Wehrdorf Isborsk im Gebiet Pskov an der Grenze zu Estland benannten *Isborsker Klub* zusammen gefunden (Isborskij klub, <<http://www.dynacon.ru/index.php>>), der sich als »Institut des dynamischen Konservatismus« bezeichnet. Nach ihrer Meinung muss die Regierung vor allem den technologischen Fortschritt fördern, damit das Land eine »vorausseilende Entwicklung« einschlägt. Der Staat solle vorausschauend Investitionen in moderne Technologien sowie die Infrastruktur finanzieren. Glasjew stützt sich dabei auf die von Nikolaj Kondratjew nach dem Ersten Weltkrieg begründete Theorie der »langen Wellen« technologischer Neuerungen. Er glaubt, einen Technologiezyklus 2010–2040 identifiziert zu haben, in dem Nanotechnologie, Kernenergie und Heliumanwendungen entwickelt werden, während der Zyklus der Mikroelektronik 2010 seine Wachstumsphase beendet habe. Durch eine entsprechende Industriepolitik, die von einer wachstumsfördernden Geld- und Finanzpolitik flankiert wird, könnte nach seiner Meinung in Russland wieder Wirtschaftswachstum von mindestens sechs Prozent pro Jahr erzeugt werden. Zur Finanzierung sollen die Steuereinnahmen auf die Öl- und Gasexporte herangezogen werden, die im staatlichen Nationalen Wohlfahrtsfonds akkumuliert wurden. Die Regierung hat einige dieser Ideen in abgeschwächter Form aufgegriffen. Mittel im Umfang von rund 30 Mrd. Euro aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds sollen als Kredite in drei mehrjährige Verkehrsprojekte fließen: Zum einen in die Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke Moskau–Kasan, zweitens in eine kostenpflichtige Ringautobahn um Moskau und drittens in die Modernisierung der Transsibirischen Eisenbahnstrecken Transsib und BAM.

Es trifft zwar zu, dass durch die Verausgabung staatlicher Gelder ein die Wirtschaft anregender Effekt erzielt werden kann. Umstritten ist jedoch sowohl in der westlichen wie in der russländischen Fachwelt, wie stark und wie nachhaltig sich ein solcher Impuls auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Die staatliche »Sberbank« schätzt, dass die drei vorgesehenen Projekte das jährliche Wirtschaftswachstum langfristig um ein Drittel Prozent erhöhen würden. Die liberalen Kritiker dieses Vorschlags kommen dagegen zum Ergebnis, dass durch staatliche Verschuldung finanzierte Infrastrukturinvestitionen nur einen kurzfristigen Wachstumseffekt haben werden.

Die Ergebnisse der Industriepolitik werden in Russland in hohem Maße durch die Korruption beeinträch-

tigt. Diese gilt in Russland als ewiges Übel, gegen das der Staat machtlos zu sein scheint. Sowohl unter Jelzin als auch während Putins erster Präsidentschaft blieb die Korruptionsbekämpfung erfolglos. Immerhin sind – zumindest auf dem Papier – seither einige Fortschritte zu verzeichnen. 2008 war unter der Präsidentschaft Medwedews mit dem »Gesetz zur Bekämpfung der Korruption« erstmals der Straftatbestand der Korruption in das Strafrecht eingeführt worden. Zwei weitere Gesetze regelten 2008 und 2009 ebenfalls erstmals den Zugang zu Informationen der staatlichen Stellen und die Offenlegung von Informationen in der Justiz. Gesetze und Verordnungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie Korruption begünstigen. Inhaber öffentlicher Ämter müssen jährlich ihr Einkommen und Vermögen deklarieren. 2012 trat Russland der UN-Konvention gegen Korruption bei.

Trotz der größeren Offenheit lässt die Praxis der Korruptionsbekämpfung noch sehr zu wünschen übrig. Obwohl die Antikorruptionskonvention der UNO dies verlangt, wurden keine Gesetze zum Schutz von »Whistleblowern« verabschiedet. Russland weigert sich auch, den in Artikel 20 der Konvention formulierten Straftatbestand der »unerlaubten Bereicherung von Amtsträgern« in nationale Gesetzgebung zu übernehmen. Erst dadurch könnte jedoch die illegale Vermehrung des Vermögens von »hohen Tieren« belangt werden, da die vom Gesetz geforderte Deklaration des Vermögens folgenlos bleibt. Die »große Korruption« wird, ebenso wie die »kleine«, in Russland bislang nicht wirksam angegangen. Ebenso wenig wird die erpresserische Übernahme von Unternehmen (das sogenannte »*rejderstwo*«), die von Amtsträgern begünstigt wird, bekämpft. So lange hohe Ressourcenrenten zu verteilen sind, die Transparenz niedrig ist und die Bestrafung von Korruption ausbleibt, wird sie weiter gedeihen und das Wirtschaftsklima und damit auch das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen.

### **Wirtschaftliche und politische Modernisierung**

Ökonomische Modernisierung, die sich nicht nur auf Industriepolitik und Technologieförderung beschränkt, verlangt, dass in der Wirtschaft formellen Regeln Geltung verschafft, Wettbewerb organisiert und bewahrt wird. Dies kann jedoch kaum gelingen, wenn auf dem Gebiet der Innenpolitik gerade Forderungen dieser Art zurückgewiesen werden. Was aber verhindert eine rasche Modernisierung der Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft Russlands?

Nach Richard Sakwa agiert in Russland ein legal-rationaler Verfassungsstaat in enger Verflechtung mit einem neopatrimonialen Verwaltungsstaat. Die Macht

ist in Netzwerken zentriert, die sich informeller Praktiken bedienen und die formale verfassungsmäßige Ordnung aushebeln. Im heutigen Russland stehen Sakwa zufolge zumindest drei Weltbilder miteinander in Konkurrenz und blockieren sich gegenseitig: Das erste ist das liberale Weltbild mit der Forderung nach einer »Rückkehr nach Europa« und einer westlichen Standards genügenden politischen Kultur. Dem liberalen steht ein »traditionalistisches« Weltbild entgegen, das von Monarchisten, die sich auf die Zeit des Imperiums berufen bis hin zu Vertretern neosowjetischen Denkens geteilt wird. Das Putin-Regime vertritt eine dazwischen angesiedelte »zentristische« Ideologie. Ihm fehlt jedoch eine eigene wirtschaftspolitische Idee, weswegen es sich mit einer Mischung von liberalen und interventionistischen Ansätzen behilft. Liberale wirtschaftspolitische Ansätze lassen sich in der Politik der Zentralbank, in der Privatisierungspolitik, der Förderung der Klein- und Mittelunternehmen sowie in der Wettbewerbspolitik erkennen. Andererseits werden in der Industriepolitik Zugeständnisse an die traditionalistischen Kräfte gemacht. Die Ukraine-Krise könnte, wenn sie eine grundsätzliche Abwendung Russlands vom Westen zur Folge hat, die interventionistische Richtung begünstigen. An die Spitze einer derartigen Bewegung stehen linksnationale Ökonomen und Politologen unter der Führung von Sergej Glasjew, die eine »Säuberung der Eliten« sowie die Entwicklung einer »effektiven planwirtschaftlichen Marktwirtschaft« bei einer Hinwendung zum kommunistischem China fordern (s. das Manifest des Isborsker Klubs vom 25.04.2014 »Die Ukraine zwischen dem Westen und Russland«, <<http://www.dynacon.ru/>>).

Wie Wladimir Mau feststellt, besitzt das Putinsche Russland Ähnlichkeiten mit der Sowjetunion vom Anfang der achtziger Jahre. Das Hauptproblem war damals der Widerstand gegen gesellschaftliche Modernisierung und ist es heute ebenfalls. Die reichliche Verfügbarkeit von Naturressourcen behinderte schon damals eine institutionelle und technologische Erneuerung, wie es auch heute der Fall ist. Ein Indikator dafür ist die Dominanz der Rohstoffwirtschaft und die auf Grund der niedrigen Arbeitsproduktivität bestehende Vollbeschäftigung. Wie das Beispiel der Sowjetunion zeigte, könne – so Wladimir Mau – eine derartige Stabilität jedoch schnell in Stagnation umschlagen. Bei weiterer Verschärfung der Ukraine-Krise und drohendem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen könnte Russlands Wirtschaft tatsächlich schon bald auf dem Weg in die Stagnation sein.

*Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.*

*Über den Autor*

Roland Götz beschäftigte sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin mit der sowjetischen und russischen Wirtschaft.

*Lesetipps*

- Rautava, Jouko: The Role of Oil Prices and the Real Exchange Rate in Russia's Economy [= BOFIT Discussion Papers 3/2002], Helsinki 2002.
- Konończuk, Wojciech: Russia's Best Ally. The situation of the Russian oil sector and forecast for its future [= OSW Studies 39/ 2012], Warschau 2012; <[http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/PRACE\\_39\\_en.pdf](http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/PRACE_39_en.pdf)>.
- Heinrich, Andreas, Heiko Pleines: Weder Fluch noch Segen. Die Steuerung des Ölbooms im postsowjetischen Raum, in: Osteuropa 63.2013, Nr. 7, S. 87–100.
- Schulze, Günther, Bambang Sjahrir, Nikita Zakharov: Corruption in Russia [= Department of International Economic Policy Discussion Paper 22], Freiburg i. Breisgau 2013.
- Sakwa, Richard: Anatomie einer Blockade. Stillstand im Doppelstaat Russland, in: Osteuropa 62.2012, Nr. 6–8, S. 45–54.
- Mau, Vladimir: Between Modernisation and Stagnation. Russian economic policy and global crisis, in: Post-Communist Economies, 25.2013, Nr. 4, S. 448–464.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Wirtschaftsindikatoren, Öl- und Gasförderung, Exportzahlen und Bevölkerungswachstum

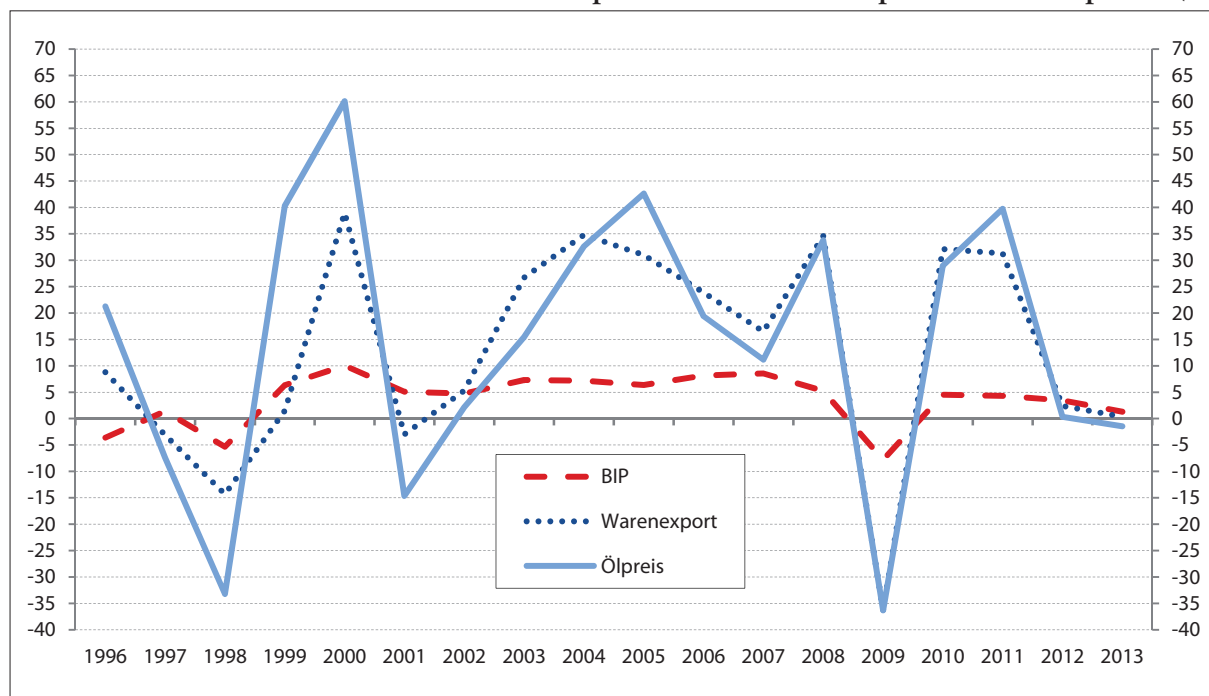
Tabelle 1: Anteile von Energieträgern am Wert des Warenexports Russlands 2013

	Export insgesamt		Export in die GUS		Export nach Türkei, Asien, USA		Export in die EU	
	%	Mrd. USD	%	Mrd. USD	%	Mrd. USD	%	Mrd. USD
Steinkohle	2,2	12	0,2	1	0,9	5	1,1	6
Rohöl + Ölprodukte	53,7	282	3,5	18	5,2	27	45,0	237
Flüssiggas (LNG)	1,0	5	0,0	0	1,0	5	0,0	0
Erdgas per Pipeline*	12,8	67	2,8	15	1,0	5	9,0	47
Energieträger insgesamt	69,8	367	6,5	34	8,1	43	55,1	290

Anmerkungen: Der gesamte Warenexport (ohne Dienstleistungsexporte) Russlands betrug 2013 526 Mrd. US-\$. Er schließt Exportsteuern und Zölle ein. \* Aufteilung der Exportanteile auf die Regionen berechnet aus den Daten der Zollstatistik der Russischen Föderation und Angaben Gazproms, wonach der Exportpreis im »fernen Ausland« 2013 um 43 % höher war als im »nahen Ausland«. Summen-differenzen beruhen auf Rundung.

Quellen: Zollstatistik der Russischen Föderation <[www.customs.ru/](http://www.customs.ru/)>, Gazprom Rechenschaftsbericht 2013 <<http://www.gazprom.ru/>>, Clingendael International Energy Program (CIEP) <[www.clingendaelenergy.com/media/fact\\_sheets](http://www.clingendaelenergy.com/media/fact_sheets)>, VDI Jahresbericht 2013, S. 21 <[www.verein-kohlenimporteure.de/](http://www.verein-kohlenimporteure.de/)>.

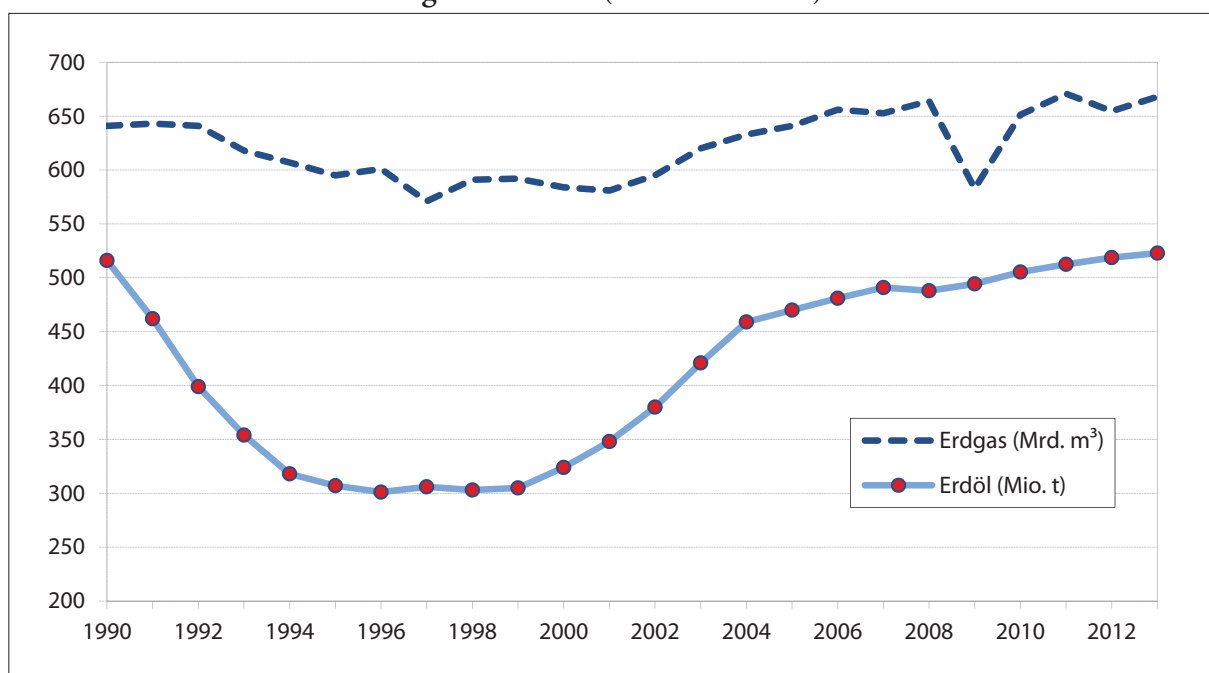
**Grafik 1: Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, des Warenexports und des Ölpreises (%)**



Anmerkung: Warenexport in Dollarwerten; hier ist der Preis für die Ölmarke »Brent« dargestellt. Der Brent-Preis für Öl aus Nordseefeldern liegt 1–2 US-\$ pro barrel (Fass) über dem Referenzpreis »Urals« für Öl aus Westsibirien und dem Wolga-Gebiet. Sieben barrel entsprechen einer Tonne Erdöl.

Quellen: Rosstat, <www.gks.ru>, EIA, <http://www.eia.gov/>

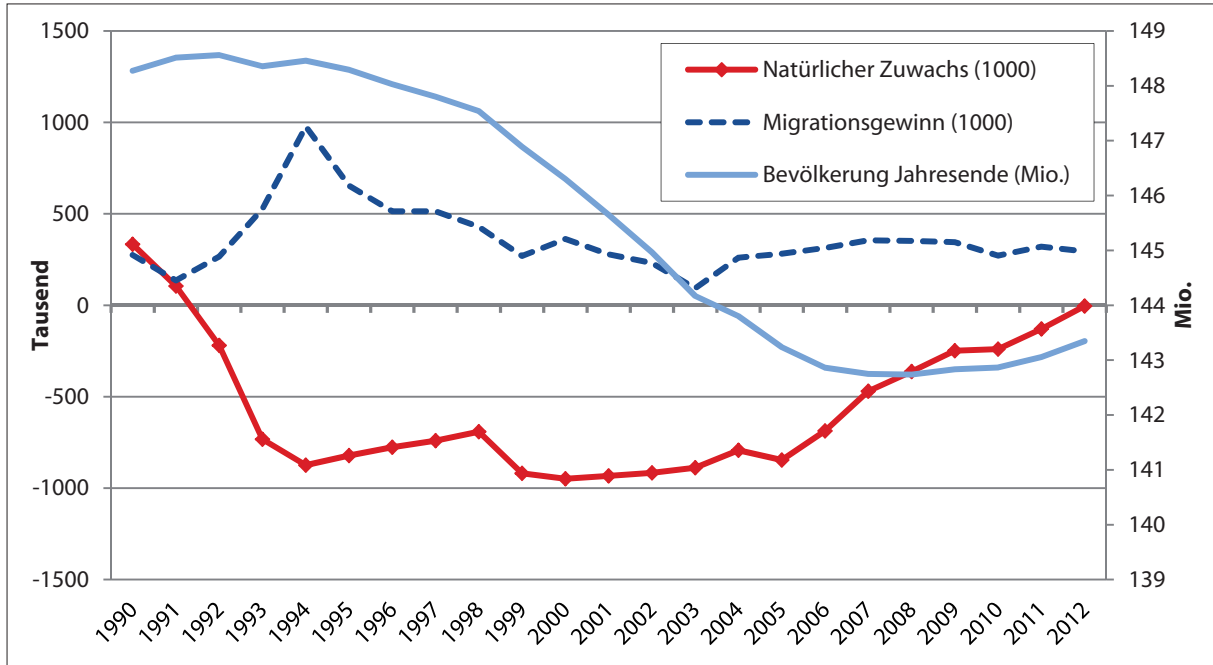
**Grafik 2: Öl- und Gasförderung in Russland (Mio. t/Mrd. m<sup>3</sup>)**



Quellen: Rosstat <www.gks.ru>, CISStat <http://www.cisstat.com/>



Grafik 3: Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung



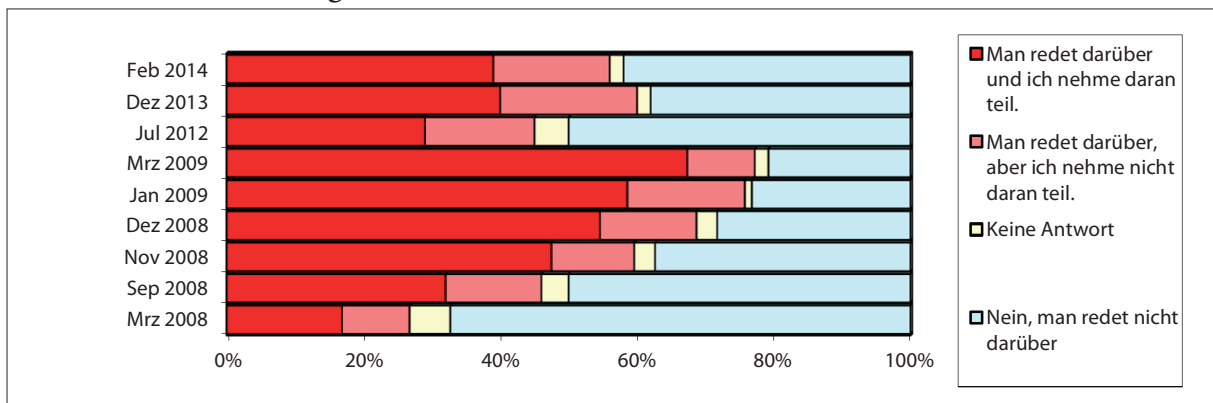
Quelle: Rosstat <<http://www.gks.ru/>>

UMFRAGE

Russische Umfragen zur wirtschaftlichen Situation

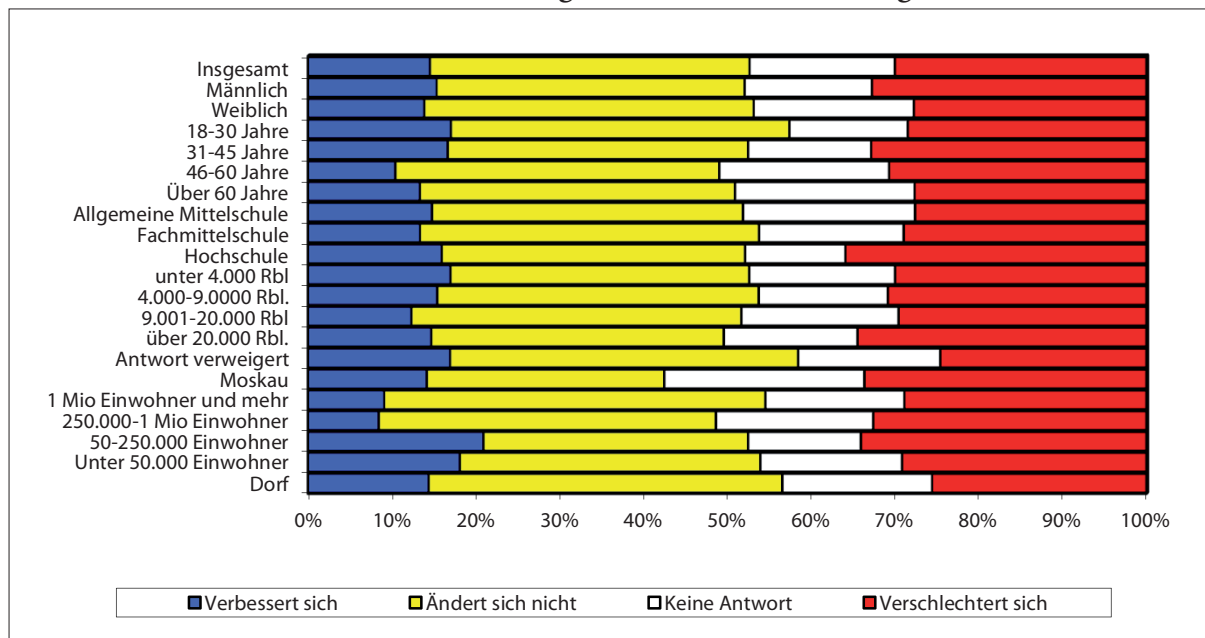
*Furcht vor einer Wirtschaftskrise?*

Grafik 4: Reden Sie im Kreise Ihrer Familie, Ihrer Freunde und Kollegen über Fragen, die mit der Wirtschaftskrise verbunden sind – und wenn ja nehmen Sie daran teil? (geschlossene Frage, eine Antwort)



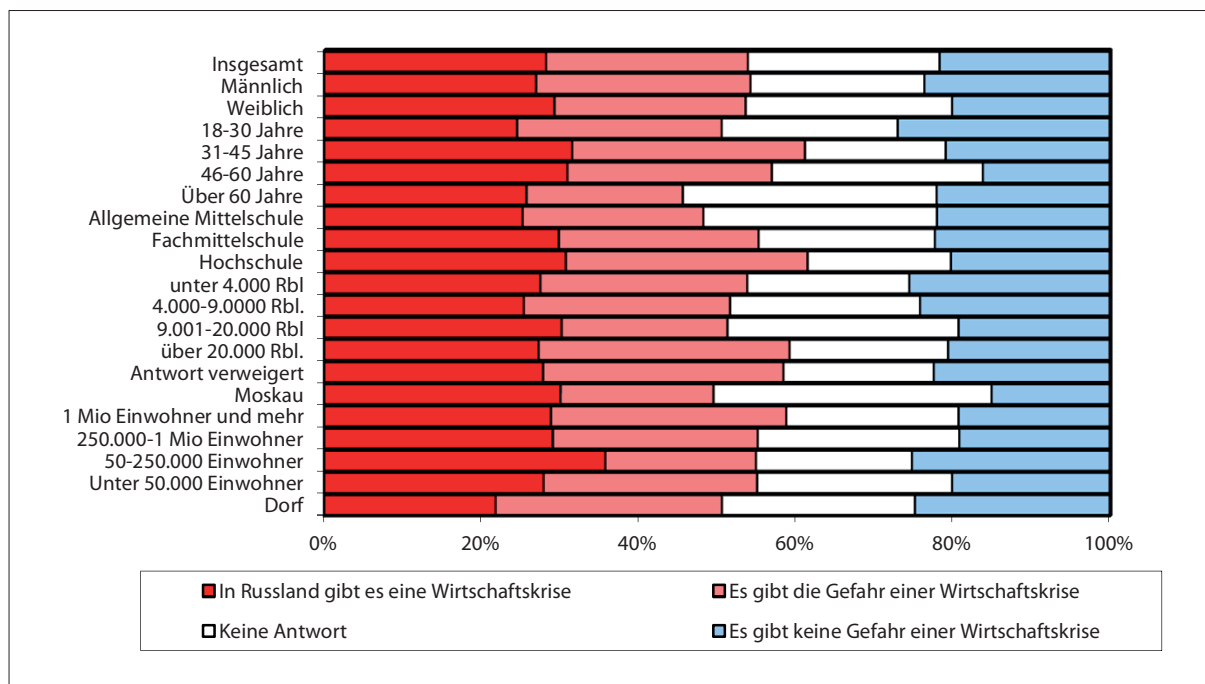
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 8.–9. Februar 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114710>>

**Grafik 5: Verändert sich die Wirtschaftslage im Lande Ihrer Meinung nach in letzter Zeit?**



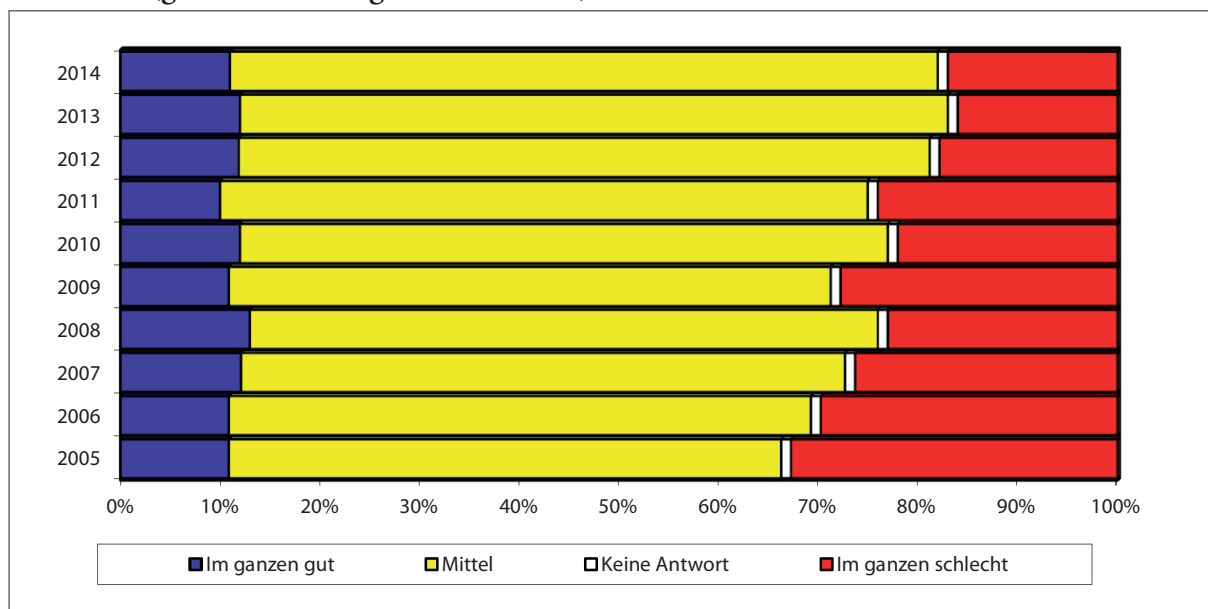
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 8.–9. März 2014 <<http://fom.ru/Ekonomika/11402>>

**Grafik 6: Gibt es heute in Russland eine Wirtschaftskrise?**



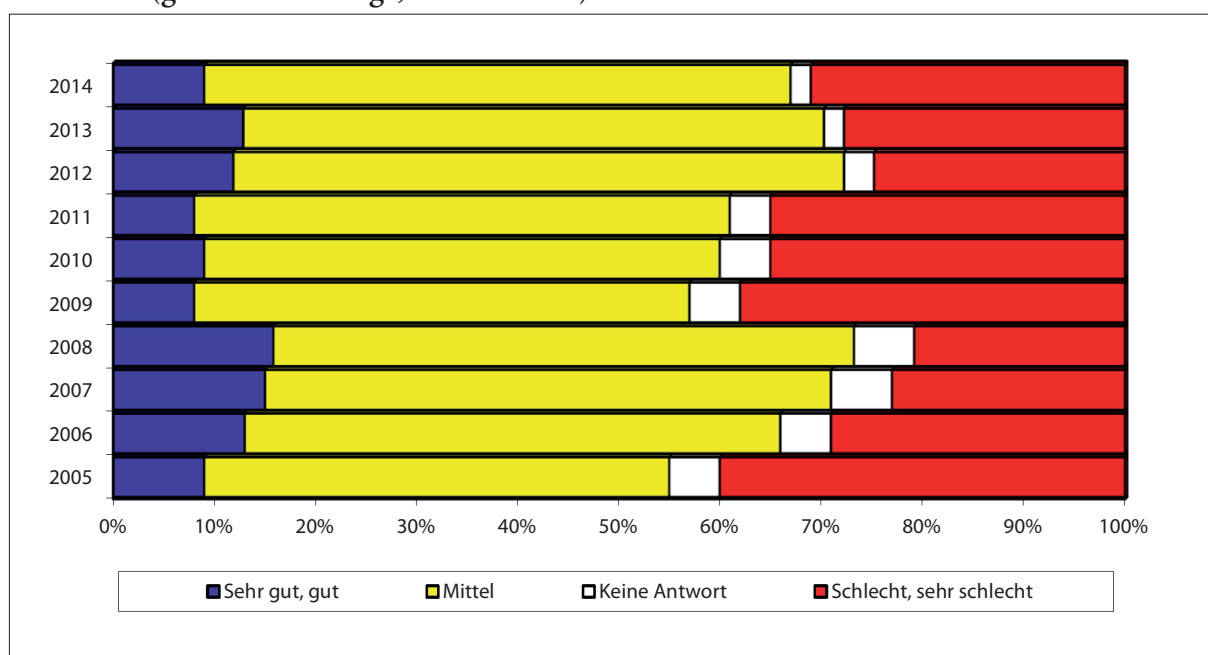
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom 8.–9. März 2014 <<http://fom.ru/Ekonomika/11402>>

**Grafik 7: Wie bewerten Sie gegenwärtig die materielle Lage Ihrer Familie?**  
(geschlossene Frage, eine Antwort)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Januar 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114701>>

**Grafik 8: Und wie bewerten Sie die wirtschaftliche Lage Russlands insgesamt?**  
(geschlossene Frage, eine Antwort)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Januar 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114701>>

## *Wirtschaftliche und soziale Probleme in der Sicht der Bevölkerung*

**Tabelle 2: Was ist Ihre Hauptkritik an der gegenwärtigen Regierung?  
(Mehrere Antworten möglich)**

	2000	2006	2008	2010	2012	2014
Sie hat keine Mittel gegen das Wachstum der Preise und den Rückgang der Einkommen	39 %	51 %	57 %	54 %	42 %	41 %
Sie hat kein Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung Russlands	21 %	22 %	9 %	21 %	17 %	26 %
Sie ist korrupt, handelt vor allem im egoistischen Interesse	7 %	22 %	21 %	21 %	24 %	25 %
Kann die Menschen nicht mit Arbeitsplätzen versorgen	27 %	33 %	26 %	41 %	32 %	23 %
Kümmert sich nicht um den sozialen Schutz der Bevölkerung	27 %	39 %	38 %	36 %	32 %	22 %
Handelt im Interesse der Großunternehmen	-*	-	-	13 %	15 %	20 %
Sie hat keine Mittel gegen die Wirtschaftskrise	23 %	27 %	25 %	23 %	16 %	18 %
Kämpft nicht wirksam gegen das Verbrechen	17 %	20 %	16 %	18 %	14 %	15 %
Kann die Sicherheit der Bürger nicht gewährleisten, kann die Terroristen nicht ausschalten	11 %	19 %	11 %	13 %	12 %	7 %
Niedriges professionelles Niveau	4 %	11 %	6 %	10 %	11 %	7 %
Handelt im Interesse des ausländischen Kapitals	2 %	7 %	6 %	4 %	6 %	6 %
Kann die Stabilität im Nordkaukasus nicht gewährleisten	7 %	9 %	6 %	7 %	5 %	3 %
Anderes	3 %	5 %	7 %	6 %	7 %	4 %
Keine Kritik an der Regierung	15 %	5 %	10 %	9 %	11 %	12 %
Keine Antwort	11 %	5 %	6 %	3 %	4 %	6 %

\* Wurde nicht gefragt.

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014

<<http://www.levada.ru/print/01-04-2014/prenzii-rossijan-k-pravitelstvu>>

**Tabelle 3: Wählen Sie aus der Liste die Probleme aus, die Sie für das Land am wichtigsten halten (geschlossene Frage, nicht mehr als 7 Antworten)**

	März 2013	Apr. 2013	Mai 2013	Juni 2013	Juli 2013	Aug. 2013	Sept. 2013	Oktober 2013	Nov. 2013	Dez. 2013	Jan. 2014	Feb. 2014	März 2014
Inflation, Wachstum der Preise für Waren und Dienstleistungen	46%	44%	42%	47%	47%	50%	47%	57%	51%	54%	53%	52%	62%
Lage im Bereich der Wohnungswirtschaft	62%	64%	59%	55%	52%	53%	58%	54%	52%	57%	56%	58%	60%
Korruption und Bürokratie	43%	44%	40%	44%	43%	44%	41%	42%	37%	47%	47%	45%	47%
Lebensstandard der Bevölkerung	49%	49%	44%	46%	43%	46%	49%	41%	51%	46%	45%	45%	42%
Drogensucht	35%	31%	33%	29%	33%	30%	33%	30%	25%	27%	27%	28%	34%
Rentenversorgung	35%	35%	35%	32%	33%	32%	32%	34%	31%	31%	35%	35%	33%
Die Lage im Gesundheitswesen	40%	42%	37%	43%	37%	34%	36%	35%	32%	40%	34%	38%	33%
Alkoholismus	39%	38%	39%	38%	35%	34%	37%	32%	34%	30%	29%	34%	31%
Die Lage der Jugend	30%	32%	29%	28%	29%	31%	32%	28%	30%	30%	33%	31%	27%
Arbeitslosigkeit	38%	34%	39%	36%	31%	28%	31%	28%	27%	27%	29%	33%	26%
Interethnische Beziehungen, Migration (Frage wird erst seit Juni 2013 gestellt)	-	-	-	21%	26%	25%	27%	35%	24%	29%	32%	26%	24%
Lage im Bildungswesen	26%	28%	24%	25%	24%	22%	24%	22%	20%	23%	19%	20%	24%
Einfluss der Oligarchen auf politisches und Wirtschaftsleben	20%	23%	20%	20%	24%	22%	21%	18%	19%	22%	22%	21%	21%
Moral und Sitte	24%	29%	27%	25%	24%	30%	26%	21%	23%	20%	20%	20%	19%
Ökologie und Lage der Umwelt	21%	21%	23%	22%	17%	15%	20%	14%	17%	16%	14%	14%	19%
Zustand der Wirtschaft (Wirtschaftskrise)	18%	19%	15%	16%	14%	12%	14%	12%	16%	17%	15%	17%	18%
Terrorismus (Dez. 2013: Befragung fand vor den Wolgograder Anschlägen statt)	12%	15%	21%	15%	14%	10%	14%	24%	27%	13%	29%	18%	15%
Kriminalität	26%	26%	25%	22%	24%	22%	27%	23%	23%	23%	23%	23%	15%
Verzögerung bei der Lohnauszahlung	11%	10%	13%	10%	12%	10%	11%	12%	16%	11%	10%	11%	14%
Demographische Situation	14%	14%	15%	14%	15%	13%	15%	12%	14%	11%	17%	11%	12%
Demokratie und Menschenrechte	9%	10%	11%	9%	13%	14%	14%	11%	14%	12%	15%	11%	11%
Lage in der Armee	13%	15%	14%	13%	14%	10%	15%	13%	12%	13%	12%	9%	10%
Keine Antwort	unter 1%	unter 1%	1%	unter 1%	unter 1%	unter 1%	1%	unter 1%	1%	1%	1%	1%	1%

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 29.-30. März 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114782>>



## Kulturschaffende Russlands unterstützen die Position des Präsidenten zur Ukraine und zur Krim

In den Tagen, da sich das Schicksal der Krim und unserer Landsleute entscheidet, können die Kulturschaffenden nicht gleichgültige Beobachter mit kaltem Herzen bleiben.

Unsere gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Wurzeln, unsere Kultur und ihre geistigen Quellen, unsere fundamentalen Werte und die Sprache haben uns auf immer vereinigt.

Wir wollen, dass die Gemeinschaft unserer Völker und unserer Kulturen eine feste Zukunft haben.

Deshalb erklären wir mit Nachdruck unsere Unterstützung für die Position des Präsidenten der Russischen Föderation zur Ukraine und zur Krim.

*[511 Unterschriften von namhaften Künstlern und Kulturschaffenden, darunter:]*

Antonowa, I. A., Präsidentin des Staatlichen Puschkin-Museums der darstellenden Künste

Bak, D. P., Direktor des Staatlichen Literaturmuseums

Bobkow, K. W., Direktor des Staatlichen Tschechow-Literaturmuseums und Tschechow-Gedenkstätte

Bondartschuk, F. S., Regisseur »Buranowskije Babuschki«, Folklore-Ensemble

Walejewa, S. R., Direktorin des Museums »Kasaner Kreml«

Wislyj, A. I., Generaldirektor der Russischen Staatsbibliothek

Woronin, W. W., Direktor und Künstlerischer Leiter des Ballett- und Operntheaters Astrachan

Gagrina, Je. Ju., Generaldirektorin der Staatlichen Geschichts- und Kulturmuseums »Moskauer Kreml«

Gergijew, W. A., Künstlerischer Leiter des Akademischen Staatlichen Mariinskij-Theaters

Goworuchin, S. S., Volkskünstler Russlands

Gusew, W. A., Direktor des Russischen Museums

Sabarowskij, W. I., Direktor des Museums des Großen Vaterländischen Krieges auf dem Poklonnaja Gora

Sadornow, M. N., Schriftsteller und Satiriker

Sapaschnyj, E. W., Direktor des Großen Moskauer Staatszirkus am Wernadskij-Prospekt

Kalnizkaja, Je. Ja., Generaldirektorin des Museums »Peterhof«.

Kowaltschuk, A. N., Vorsitzender des Künstlerverbandes Russlands

Krok, K. I., Direktor des Staatlichen Akademischen Wachtangow-Theaters

Lewykin, A. K., Direktor des Staatlichen Historischen Museums

Lichomanow, A. W., Generaldirektor der Russischen Nationalbibliothek

Sokolow, A. S., Rektor des Moskauer Staatlichen Tschaikowski-Konservatoriums

Solomin, Ju. M., Künstlerischer Leiter des Staatlichen Akademischen Kleinen Theaters Russlands

Sotiriadi, R. V., Stellv. Direktor des Moskauer »Theater an der Taganka«

Tabakow, O. P., Künstlerischer Leiter des Moskauer Tschechow-Theaters

Urin, V. G., Generaldirektor des Staatlichen Akademischen Bolschoj-Theaters

Zereteli, S. K., Präsident der Russischen Akademie der Künste

Schachnasarow, K. G., Generaldirektor des Filmkonzerns »Mosfilm«

[11. März 2014]

*Übersetzung: Hartmut Schröder*

*Quelle:* <<http://mkrf.ru/press-tsentr/novosti/ministerstvo/deyateli-kultury-rossii-v-podderzhku-pozitsii-prezidenta-po-ukraine-i-krymu?code=deyateli-kultury-rossii-v-podderzhku-pozitsii-prezidenta-po-ukraine-i-krymu&print=Y>>

## Erklärung des Kongresses der Intelligenzija »Gegen Krieg, gegen eine Selbstisolierung Russlands, gegen eine Restauration von Totalitarismus«

*Erste Session des Kongresses, Moskau, 19. März 2014*

Wir, Vertreter der Intelligenzija Russlands, sind verpflichtet, die Regierung vor einem historischen Fehler zu warnen, der derzeit begangen wird, nämlich vor dem Bestreben, einen Teil eines unlängst noch brüderlichen Landes, der Ukraine, mit Hilfe von Streitkräften Russlands unter seine Kontrolle zu bringen. Der erste Schritt, eine Angliederung der Krim an Russland, ist bereits getan, das erste Blut bereits vergossen. Weitere Schritte auf diesem Weg wären mit einem Blutvergießen unvorhersagbaren Ausmaßes verbunden, mit einer Isolierung Russlands, mit einer Verwandlung des Landes zu einem Paria, und letztendlich zu einem Land der »Dritten Welt«, auf Jahrzehnte vom zivilisatorischen Weg abgekommen.

Heute, da die Mehrheit unserer Mitbürger in der unternommenen Aggression kein gefährliches Abenteuer sieht, und keine Vergewaltigung internationalen Rechts, sondern eine Rückkehr zum »Recht des Stärkeren«, der sich alles erlauben kann, ist es die Aufgabe denkender und aufrechter Menschen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit sich das Land nicht im Verlauf dieses grausamen Experiments selbst vernichte, wie es sich bereits während des kommunistischen Experiments fast vernichtet hat. Wir sind verpflichtet, uns nicht von einer monströsen Propaganda beeinflussen zu lassen, nicht in Hass gegen brüderliche und ferne Völker zu verfallen, keine Lügen zu wiederholen, nicht zu denunzieren, uns nicht an jenem unserem moralischen Niedergang zu ergötzen, der bereits zu einer patriotischen Ekstase geraten ist.

In den dramatischsten Momenten der Geschichte hat die Intelligenzija stets versucht, der Gesellschaft einen moralischen Bezugspunkt zurückzugeben, denn außerhalb von Moral gibt es keinen Staat, keine Politik, keine Wirtschaft.

Diese Aufgabe haben wir uns auch jetzt gestellt, da wir die unterschiedlichsten Menschen dazu aufrufen sich um die Idee einer friedlichen Regulierung der Konflikte sowohl mit der Ukraine als auch mit der Weltgemeinschaft zusammenzuschließen. Sich weniger dazu zusammenschließen, um *gegen* etwas anzugehen, sondern vielmehr dazu, um auf seinem *für* zu beharren: *Für* unser Heimatland, das nicht zum Aggressor werden soll und darf. *Für* denkende und selbständige Menschen, die zu Apostaten und Volksfeinden erklärt werden. *Für* einen Dialog mit der modernen Welt, die sich nicht anschickt, in vorhistorische Vergangenheit abzugleiten. *Für* das Schicksal unserer Kinder, die eine Injektion verantwortlicher Freiheit brauchen.

Die Probleme von Krieg und Frieden sind global, betreffen die ganze Welt, und wir hoffen auf die Unterstützung unserer Bewegung durch die Weltöffentlichkeit.

Wir rufen alle, denen die Entscheidung über Gegenwart und Zukunft nicht gleichgültig ist, dazu auf sich uns anzuschließen.

Ljudmila Alexejewa Menschenrechtlerin, Moskauer Helsinki-Gruppe

Lija Achedshakowa; Theater- und Filmschauspielerin, Volkskünstlerin Russlands

Alexandr Belawin, Physiker, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften

Walerij Borschtschow, Menschenrechtler

Jelena Bukarjowa, Dr. habil., Biologin

Jurij Wdowin, Menschenrechtler, »Bürgerkontrolle«

Wladimir Wojnowitsch, Schriftsteller

Jelena Wolkowa, Philologin und Kulturwissenschaftlerin

Olga Gegijewa, Juristin

Swetlana Gannuschkina, Menschenrechtlerin, »Bürgerhilfe«

Leonid Gosman, »Stiftung Historische Perspektive«

Nina Karli, Schriftstellerin, Publizistin, Menschenrechtlerin

Sergej Kowaljow, Menschenrechtler, »Menschenrechtsinstitut«

Swetlana Lewi, Caritasschwester

Natalja Mawlewitsch, Literaturübersetzerin

Andrej Makarewitsch, Rockmusiker, Dichter, Sänger, Komponist

Jelena Marinitschewa, Übersetzerin

Alexandr Medjanik, Dichter, Übersetzer

Wladimir Mirsojew, Theater- und Filmregisseur, Drehbuchautor

Oksana Mysina, Schauspielerin, Regisseurin, Rocksängerin  
Anna Oshiganowa, Dr., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ethnologie und Anthropologie der Russischen Akademie der Wissenschaften  
Alla Pokrowskaja, Volkskünstlerin Russlands, Professorin  
Natalja Poljakowa, Schriftstellerin, Dichterin  
Lew Ponomarjow, Menschenrechtler, Bewegung »Für die Menschenrechte«  
Irina Prochorowa, Verlegerin  
Jurij Rost, Journalist  
Eldar Rjasanow, Filmregisseur, Drehbuchautor, Schauspieler, Dramaturg, Schriftsteller  
Ilja Simanowskij, Physiker  
Andrej Smirnow, Theater- und Filmschauspieler, Regisseur, Drehbuchautor, Volkskünstler Russlands  
Lew Timofejew, Schriftsteller  
Ljudmila Ulizkaja, Schriftstellerin  
Natalja Fatejewa, Theater- und Filmschauspielerin  
*Übersetzung: Hartmut Schröder*  
*Quelle: <<http://novayagazeta.livejournal.com/1721285.html>>*

## Gemeinsame Erklärung zur Lage in der Ukraine

Gemeinsame Erklärung von:  
Petersburger Dialog (deutscher Vorstand)  
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
Deutsch-Russisches Forum  
Deutsch-Ukrainisches Forum

Der Petersburger Dialog, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, das Deutsch-Russische Forum und das Deutsch-Ukrainische Forum beobachten die derzeitige Krisensituation in der Ukraine mit der Folge von gefährlichen Spannungen auf der Krim, im ukrainisch-russischen Verhältnis sowie im Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union mit größter Sorge.

Der partnerschaftliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Austausch der Länder und in der europäischen Nachbarschaft könnte nachhaltig Schaden nehmen. Deeskalation auf allen Seiten ist bei allen laufenden und bevorstehenden Verhandlungen das Gebot der Stunde für die Beteiligten. Dazu gehört auch, dass konfliktsteigernde militärpolitische wie wirtschaftliche Maßnahmen von allen Seiten zurückgestellt werden und konfliktreduzierende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Kontaktgruppe, absolute Priorität erhalten.

Die unterzeichnenden Institutionen haben es in den vergangenen Jahrzehnten als ihre historische Verpflichtung angesehen, die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen der Länder auszubauen und den Dialog der Zivilgesellschaften zu stärken. Der Dialog auf möglichst vielen Ebenen ist in dieser Stunde der Krise der einzige Weg, den vielfältigen Interessen an den europäisch-russischen Beziehungen gerecht zu werden. Wir fordern alle Akteure auf, sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, diesen über Jahrzehnte entwickelten Dialog für konsensstiftende Maßnahmen zu nutzen.

Wir sehen es deshalb in dieser Krise als unsere Aufgabe, mit der Kompetenz aus unserer Arbeit alle Bemühungen, insbesondere der Politik, zu einem Dialog zu unterstützen, der aus der Krise führen kann. Die Unterzeichner bieten ausdrücklich jedwede politisch gewünschte Form der Mitwirkung, auch in der avisierten Kontaktgruppe, an.  
Berlin, 7. März 2014

Dr. h.c. Lothar de Maizière  
Vorsitzender des deutschen Vorstands, Petersburger Dialog e.V.  
Dr. Eckhard Cordes  
Vorsitzender des Vorstands, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
Dr. Ernst-Jörg von Studnitz  
Vorsitzender des Vorstands, Deutsch-Russisches Forum e.V.  
Prof. Dr. Rainer Lindner  
Vorsitzender des Vorstands, Deutsch-Ukrainisches Forum e.V.

*Quelle: <<http://www.petersburger-dialog.de/gemeinsame-erklaerung-zur-lage-der-ukraine>>*

## Münsteraner Erklärung

von Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. (DGO) zur Annexion der Krim durch die Russländische Föderation

Die DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR OSTEUROPAKUNDE, gegründet 1913 als Deutsche Gesellschaft zum Studium Russlands, hat auf ihrer Jahrestagung am 3. April 2014 in Münster die Ereignisse in der Ukraine zwischen November 2013 und Ende März 2014 erörtert. Die unterzeichnenden Mitglieder der DGO halten dazu fest:

- Die Proteste auf dem Kiewer Majdan und in vielen anderen Städten der Ukraine aus Anlass der verweigerten Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union richteten sich in erster Linie gegen das Regime von Präsident Janukowytsch, das für systematische Korruption und Rechtslosigkeit in der Ukraine verantwortlich gemacht wurde. Die Sicherheitskräfte des Regimes tragen wesentliche Verantwortung für die gewaltsame Eskalation des Konflikts.
- Das mit Berufung auf die Ereignisse auf dem Majdan durchgesetzte Referendum auf der Krim über den Austritt der Autonomen Republik aus dem ukrainischen Staatsverband und der Beitritt zur Russländischen Föderation sind illegal.
- Die Russländische Föderation hat durch eine militärische Invasion auf der Krim die territoriale Integrität der Ukraine wie auch das Gewaltverbot der Vereinten Nationen verletzt. Alle Regelwerke einer neuen europäischen Architektur, an denen Russland intensiv mitgearbeitet hat, werden in Frage gestellt. Der damit angestoßene Revisionismus stellt eine Bedrohung von Sicherheit und Frieden auf dem Kontinent dar.

Die Unterzeichnenden schließen sich der Forderung der Vollversammlung der Vereinten Nationen an, die russische Annexion der Krim nicht anzuerkennen. Wir rufen gleichzeitig dazu auf, nicht in eine neue Sprachlosigkeit zu verfallen, sondern alle Kontakte in Wissenschaft und Kultur mit Russland und der Ukraine fortzusetzen und zu intensivieren. Unser Ziel ist es, zu einem gemeinsamen Werteverständnis in Europa zu kommen.

Erstunterzeichner:

Ruprecht Polenz, Präsident der DGO

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede, Vizepräsident der DGO

Prof. Dr. Thomas Bremer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DGO

Prof. Dr. Jan Kusber, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Birgit Menzel, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Stefan Troebst, Mitglied des Vorstands der DGO

Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Mitglied der DGO

Dr. Gabriele Freitag, Geschäftsführerin der DGO

Dr. Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA der DGO

Dr. Volker Weichsel, Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA der DGO

Prof. Dr. Alfred Sproede, Mitglied der DGO

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder, Mitglied der DGO

Dr. Benno Ennker, Mitglied der DGO

Quelle: <[http://www.dgo-online.org/muensteraner\\_erklaerung](http://www.dgo-online.org/muensteraner_erklaerung)>

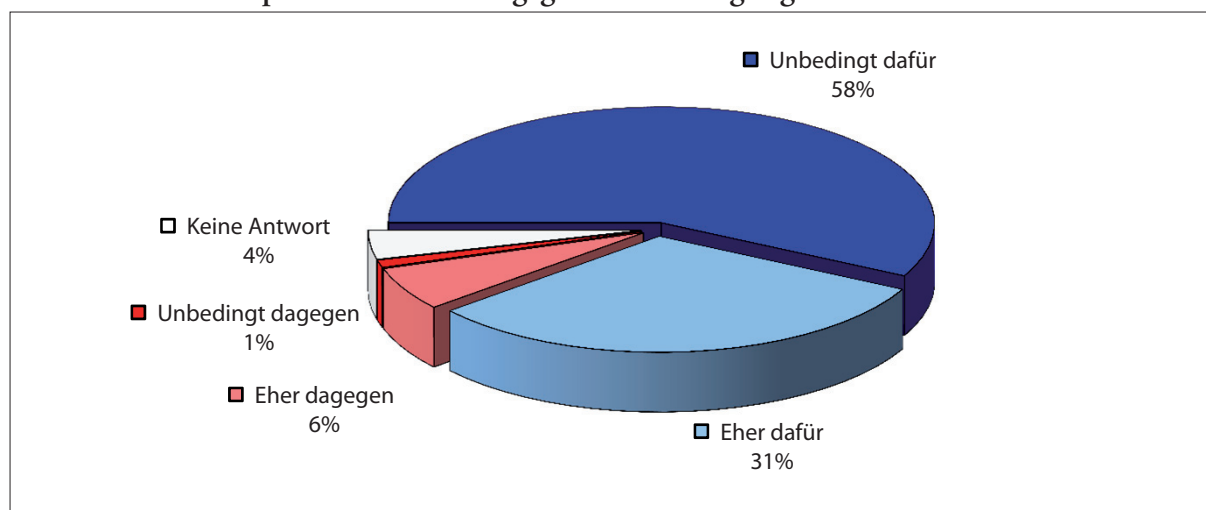
## Russische Umfragen zu den Entwicklungen in der Ukraine

**Tabelle 4: Wodurch sind Ihrer Meinung nach die Handlungen der russischen Regierung gegenüber der Ukraine motiviert?**

Durch das Bemühen, das Leben und den Wohlstand der Russen von der Bedrohung durch radikale ukrainische Nationalisten zu schützen	62 %
Durch das Bemühen, die staatliche Ordnung und das normale Leben in der Ukraine wieder herzustellen, die Verbreitung von Chaos und die Ausdehnung des Machtvakuumms in der Ukraine zu verhindern, die nach dem gesetzwidrigen Staatsstreich (Maidan) eingetreten ist	39 %
Durch das Bemühen, die historische Gerechtigkeit wieder herzustellen, traditionelle russische Gebiete zurückzuholen, die nach dem Zerfall der UdSSR verloren gegangen sind.	32 %
Durch den Wunsch, das Eindringen des Westen in die inneren Angelegenheiten Russlands zu verhindern, jegliche Möglichkeiten zu neutralisieren, dass Russland den westlichen Weg geht	13 %
Durch den Wunsch, dem Westen, der Russland ständig erniedrigt und ihn aus seiner traditionellen Einflussphäre verdrängt, zu zeigen, »wo der Hammer hängt«.	9 %
Durch das Bemühen, die langjährige Tradition des russischen Staates fortzusetzen, die Politik des »Sammeln und der Vermehrung der russischen Erde«	9 %
Die für ein Imperium normale Politik, fremdes Territorium zu besetzen, wenn die Nachbarstaaten schwach sind, Nachbarstaaten zu annektieren zur Stärkung des eigenen Landes	6 %
Der Wunsch, um jeden Preis seine Macht zu wahren und jegliche Kräfte zu vernichten, die einem die Macht entreißen wollen, wie das mit Janukowitsch auf dem Maidan geschah.	3 %
Keine Antwort	8 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums von 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-03-2014/proiskhodyashchee-v-ukraine-krymu-i-reaktsiya-rossii>>

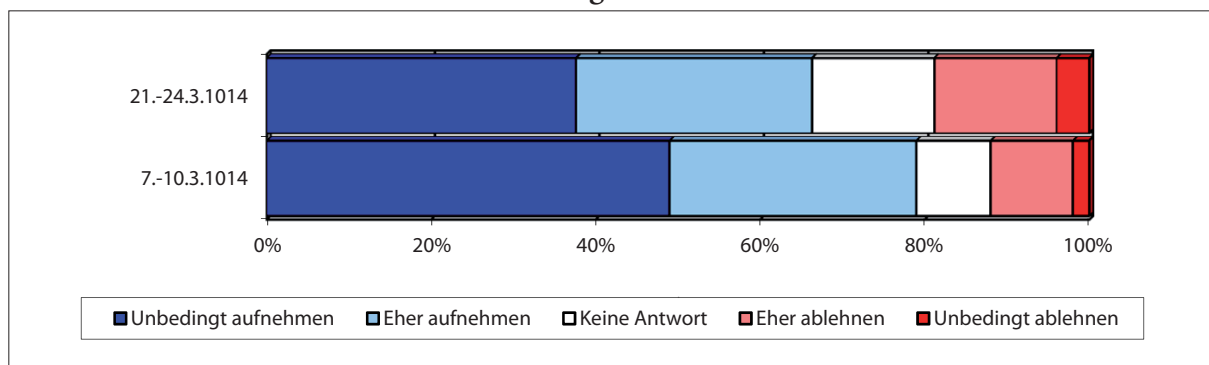
**Grafik 9: Sind Sie persönlich für oder gegen die Vereinigung der Krim mit Russland?**



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums von 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-03-2014/proiskhodyashchee-v-ukraine-krymu-i-reaktsiya-rossii>>

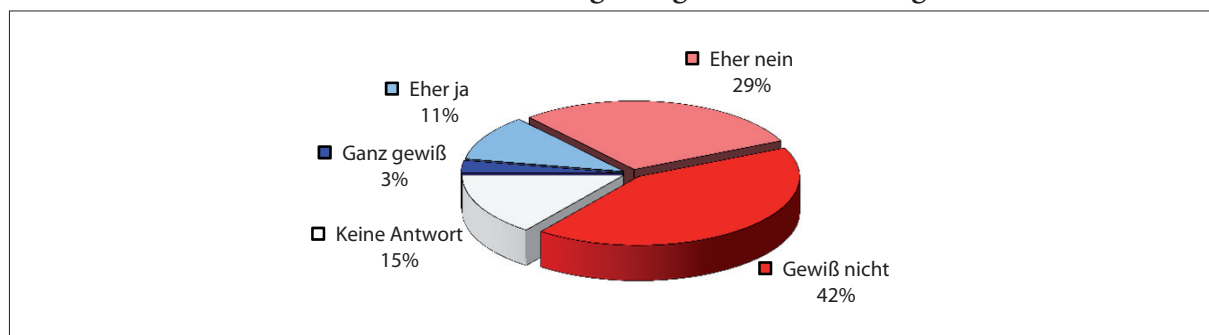


**Grafik 10: Wenn sich die Bevölkerung einer anderen ukrainischen Region (außer der Krim) in einem Referendum für den Austritt aus der Ukraine und den Eintritt nach Russland entscheidet, soll Russland diese Region aufnehmen oder das ablehnen?**



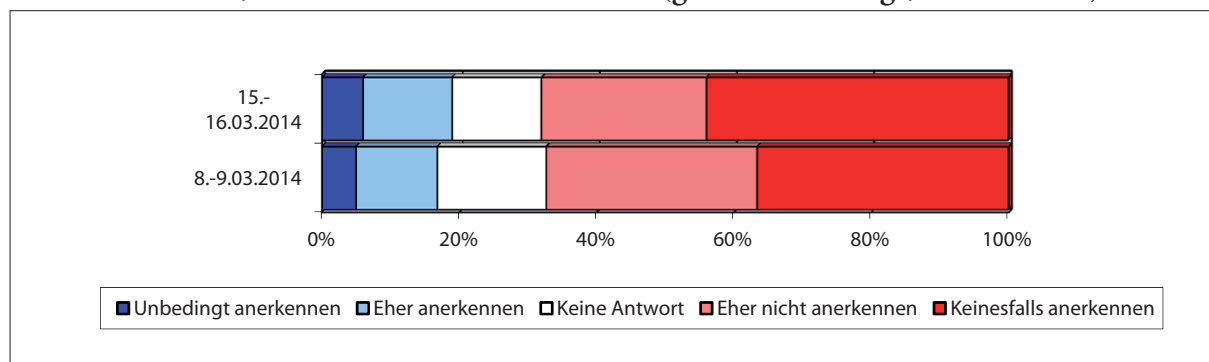
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/26-03-2014/proiskhodyashchee-v-ukraine-krymu-i-reaktsiya-rossii>>

**Grafik 11: Finden Sie, das die herrschende Regierung in der Ukraine legitim ist?**



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums von 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/31-03-2014/rossiya-ukraina-krym>>

**Grafik 12: Solle Russland die neuen Kräfte in der Ukraine, die sich Janukowitsch nicht unterordnen, offiziell anerkennen oder nicht? (geschlossene Frage, eine Antwort)**



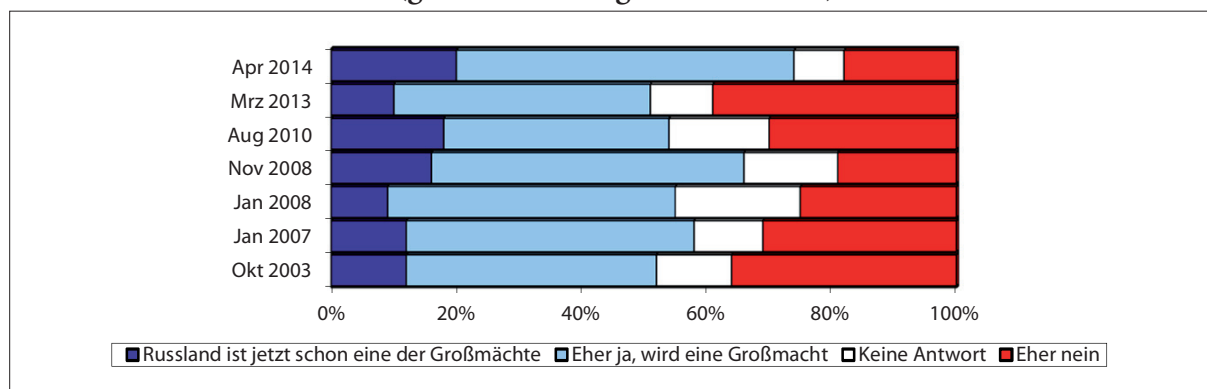
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 15.–16. März 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114762>>

**Tabelle 5: Charakterisieren Sie mit zwei–drei Worten die Personen, die heute in der Ukraine an der Macht sind (offene Frage, eine beliebige Zahl von Antworten)**

Faschisten, Nationalisten	23 %
Banditen, Diebe	18 %
Personen, die sich widerrechtlich die Macht angeeignet haben, eine illegitime Regierung	15 %
Westler, Marionetten des Westens	6 %
Dumme, inkompetente Leute	5 %
Opposition	3 %
Oligarchen	2 %
Anarchisten, Rebellen	2 %
Die, denen die Zukunft des Landes nicht gleichgültig ist	1 %
Anderes	4 %
Keine Antwort	26 %

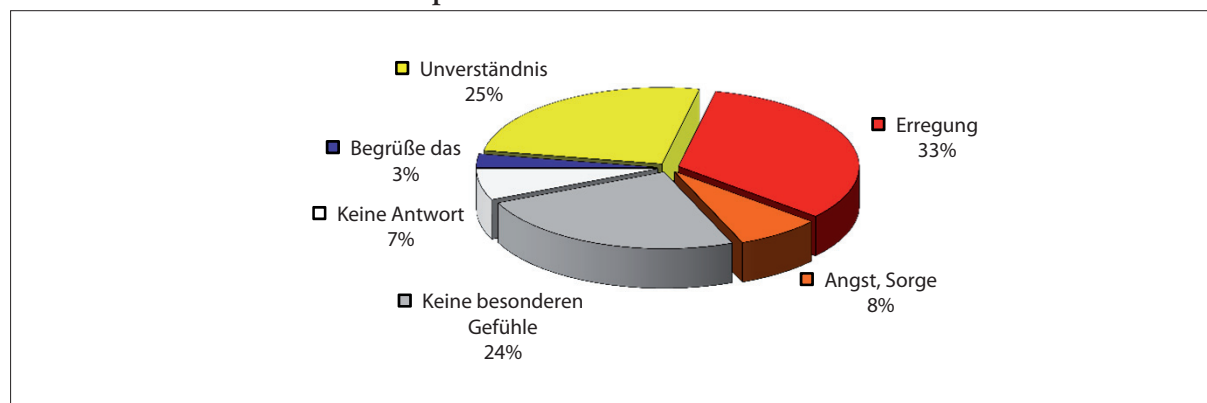
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 15.–16. März 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114762>>

**Grafik 13: Kann Russland Ihrer Ansicht nach in den nächsten 15–20 Jahren eine Großmacht werden oder nicht? (geschlossene Frage, eine Antwort)**



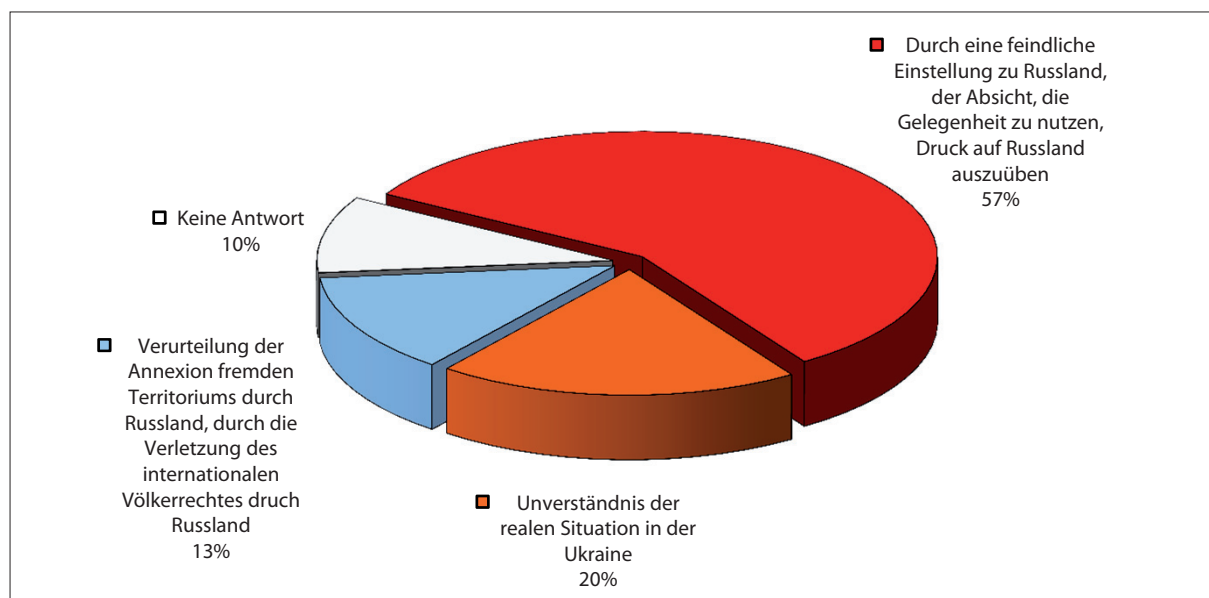
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 12.–13. April 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114807>>

**Grafik 14: Welche Gefühle ruft bei Ihnen die Einführung von Sanktionen gegen Russland durch die Mehrzahl der europäischen Staaten und die USA hervor?**



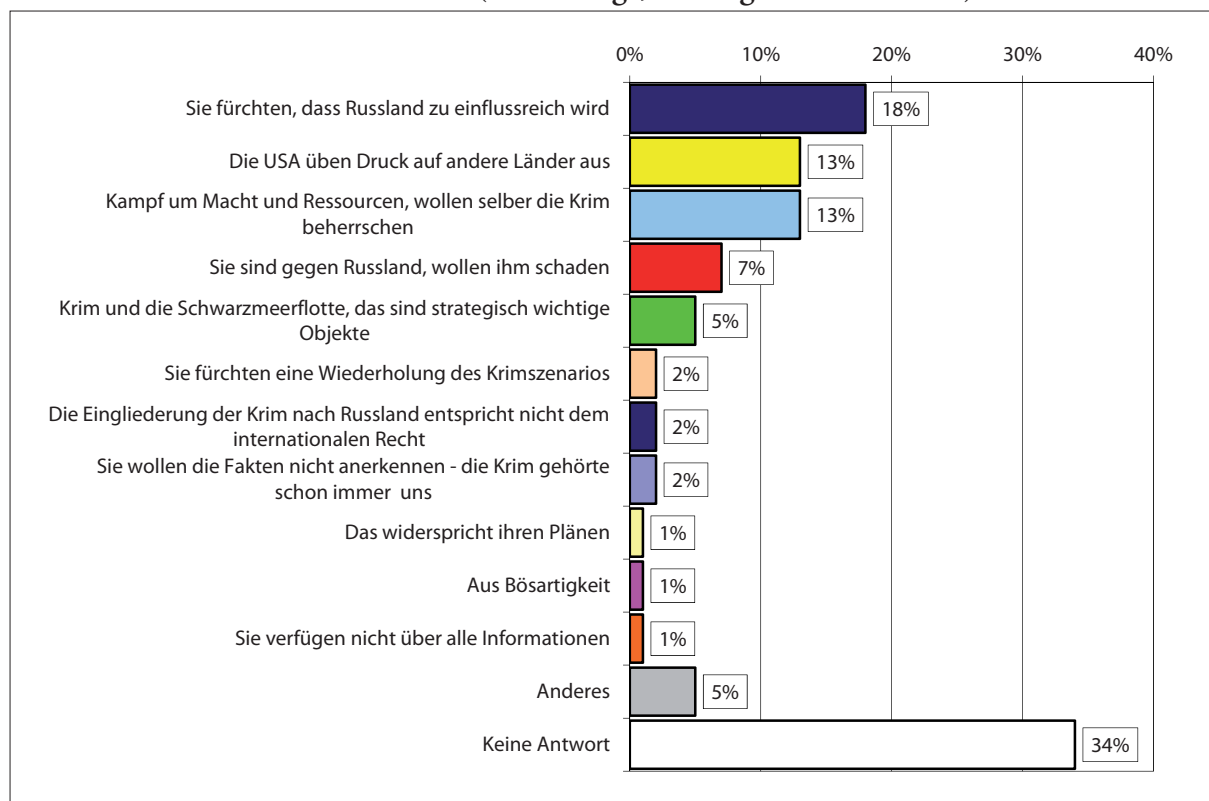
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/31-03-2014/sanktsii-po-otnosheniyu-k-rossii>>

**Grafik 15: Was meinen Sie, wodurch erklärt sich diese Reaktion des Westen auf die Ereignisse auf der Krim am ehesten?**



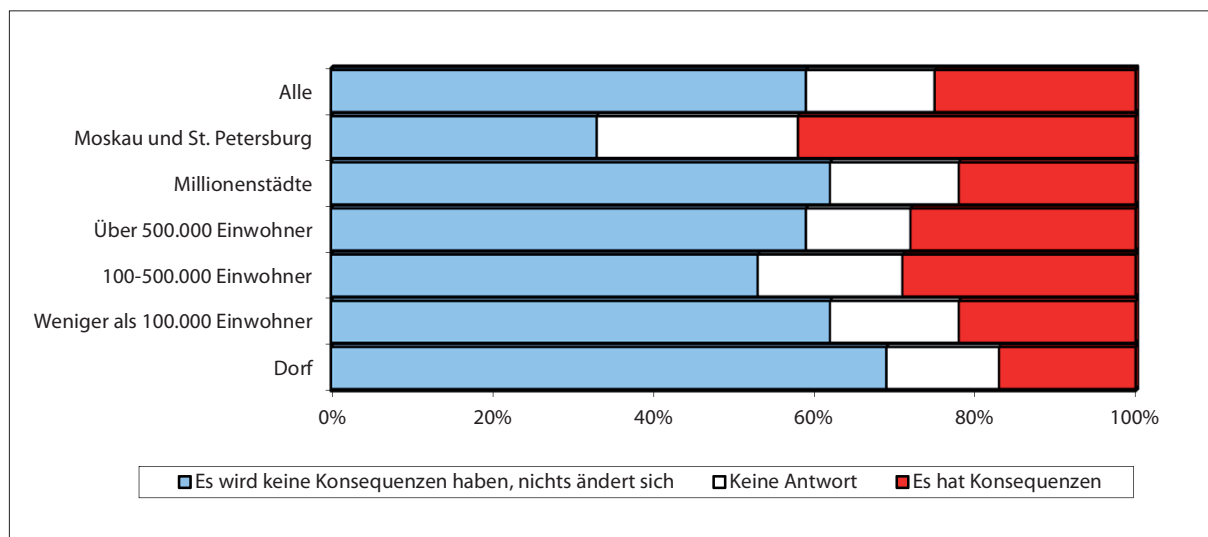
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/31-03-2014/sanktsii-po-otnosheniyu-k-rossii>>

**Grafik 16: Was meinen Sie, warum wollen viele Länder die Krim nicht offiziell als russisches Territorium anerkennen? (offene Frage, beliebig viele Antworten)**



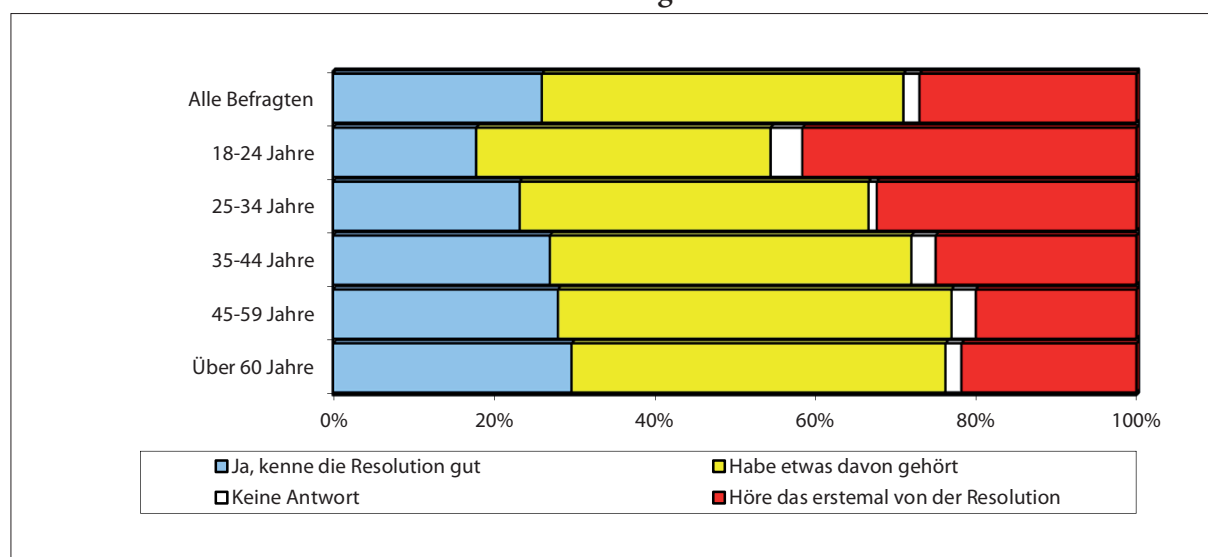
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 5.–6. April 2014 <<http://wziom.ru/index.php?id=459&uid=114788>>

**Grafik 17: Glauben Sie, dass Russland irgendwelche negativen Folgen drohen, weil viele Staaten die Krim nicht als russisches Territorium anerkennen?**



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 5.–6. April 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114788>>

**Grafik 18: Die Generalversammlung der UN hat in einer Resolution das Referendum auf der Krim ungesetzlich genannt, was bedeutet, dass die Krim nicht als russisches Territorium anerkannt wird. Haben Sie davon gehört?**



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 5.–6. April 2014 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114788>>

## Der Krieg in der Ukraine

Vor dem Hintergrund des Militäreinsatzes im Gebiet Donezk, der anhaltenden Schießereien in Slawjansk, Dutzender Opfern auf Seiten der »Föderalisten« und der Militärangehörigen der ukrainischen Armee sowie der Tragödie in Odessa diskutiert Russland über den Krieg in der Ukraine. Die staatlich kontrollierten Medien in Russland verkünden pausenlos die Stellungnahmen des Kreml und von prorussischen Kräften in der Ukraine und bieten keine Möglichkeit für eine Darstellung anderer Meinungen zur Ukraine-Krise. Das ist seit Wochen das Thema Nummer Eins auch in der russischen Blogosphäre, die im Moment die wichtigste Plattform für freie Meinungsäußerung in Russland darstellt. Prominente Journalisten, Kulturschaffende, Oppositionelle, die nicht selten auf den Schwarzen Listen führender Fernsehsender stehen, diskutieren in den Blogs von Echo Moskwy, snob.ru und livejournal.com über den Kriegszustand im Nachbarland. Darunter der bekannte russische Science Fiction-Autor Dmitrij Gluchowskij, die Journalistin und Prominente Xenia Sobtschak und der ultralinke Politiker und Anführer der »Linken Front« Sergej Udaltow, der seit Monaten wegen »Anstiftung von Massenunruhen« unter Hausarrest steht.

### Ukrainische Volksrepublik

»Furchtbare Ereignisse sind in der Ukraine geschehen. Dutzende Menschen wurden in Odessa, Slawjansk, Kramatorsk getötet. Die schrecklichste Tragödie ist natürlich in Odessa geschehen. Das war eine unmittelbare Folge der Untätigkeit lokaler Behördenvertreter, die durch Kiew ernannt worden waren. Die Polizei tat praktisch nichts und schaute bloß zu, als die Neonazis friedliche Anhänger der Föderalisierung verprügelten und anschließend im Gewerkschaftshaus verbrannten. [...] Und nun tragen eben Kiewer Favoriten die volle Verantwortlichkeit für das Blut im Südosten. Statt einen elementaren Dialog mit Donezk, Luhansk und Charkow aufzubauen, demonstrieren sie unverschämt den Wunsch, die Macht zu usurpieren, und tun alles, um den Südosten aufzuwachen und zu verärgern. Und das haben sie auf ganzer Linie geschafft.

Diejenigen, die die Hand Russlands in diesem Prozess hochspielen, irren sich heftig. Putin ist längst kein Revolutionär. Er fürchtet sich vor einem ernstlichen Konflikt mit dem Westen, deswegen haben alle Maßnahmen zutiefst Antwort-, vielfach verzögerten Charakter. Bei der Krim gab es keine andere Option, denn die Bevölkerung dort ließ Putin praktisch keine andere Wahl (soviel dazu, wer den Hauptverdienst am Krim-Beitritt hat). Im Südosten ist es nicht so eindeutig, deswegen zögert unsere Macht vor Unbestimmtheit.

Kiew will das Genfer Abkommen offensichtlich nicht umsetzen. Ihre [Die Kiewer] Aufgabe heißt, die Wahlen um jeden Preis am 25. Mai durchzuführen und die oligarchische Junta durch die Wahl Poroschenkos zum Präsidenten zu legitimieren. Unter diesen Umständen hängt das Schicksal des Südostens in erster Linie von dem Engagement seiner Bevölkerung ab, das um ein vielfaches höher sein sollte als jetzt. Russland sollte nicht direkt eingreifen und Truppen schicken (darauf warten unsere Gegner nur), die Unterstützung kann und muss indirekt geleistet werden (aber energisch!). Wenn die Einwohner von Donezk, Luhansk und Charkow genug Kraft und Mut haben, sollte man die Wahlen am 25. Mai boykottieren, umgehend ein Referendum durchführen und eine unabhängige Ukrainische Volksrepublik verkünden (nach dem Beispiel von Abchasien oder Transnistrien). Die Macht ergreifen, Rohstoffe und Großindustrie verstaatlichen und deren Oligarchen à la Achmetow zum Teufel jagen. Danach kann man um die Entsendung von Friedenstruppen bitten, um der Aggression durch Kiew zu entgehen. Meiner Ansicht nach wäre dies eine optimale Lösung. Sollte alles klappen, können dieser Republik dann Odessa, Nikolajew, Cherson und eine Reihe von anderen Gebieten beitreten. Vor diesem Hintergrund kann auch die Junta nicht lange überleben. So könnte man sich mit Kiew wiedervereinigen, dann aber unter Berücksichtigung der Meinung aller Seiten. Und danach können alle gemeinsam eine neue Union aufbauen, wobei man sich parallel um die hiesigen Gauner und Dieben kümmert. Das wäre richtig!«  
*Sergej Udaltow im Blog von Echo Moskwy vom 3. Mai 2014* <<http://echo.msk.ru/blog/udaltsov/1312690-echo/>>

### Lügen tut nicht weh

»Unser Fernsehen ist wie ein geplatzt Eitergeschwür. Die einst von mir geschätzten »Gazeta« und »Lenta« sind nun glasäugige Bälge ihrer selbst geworden. Im Lande gibst es keinen Journalismus mehr. Die scheinbar normale vernünftige Menschen haben alles vergessen und lügen, lügen, lügen! Es lügen geschminkte Tussis in [der Nachrichtensendung] »Westi« und im »Ersten«, es lügen Korrespondenten, es lügen im Kleinen die Redakteure, es lügen im Großen die Chefredakteure. [...] Und dann lesen wir: Wladimir Putin hat mehr als dreihundert Journalisten für ihre »objektive Berichterstattung von den Ereignissen auf der Krim« mit Orden ausgezeichnet. Von den Ereignissen generell in der Ukraine. Orden und Medaillen für Korrespondenten, Moderatoren, Showmaster, Chefredakteure... »Alexander



Newski[-Orden], ›Für Verdienste um das Vaterland‹ und ›Ehrenorden‹. Na gut, die Korrespondenten sind wohl auf Befehl in die Hölle gegangen. Wofür aber an Kulistikow und Solowjow?

Das erste, was einem einfällt: das waren keine Arbeits-, sondern Kampfverdienste. Denn es sind ja irgendwie Kriegzeiten. Und das heißt, die auf der anderen Seite sind Feinde. Das heißt, die Feder gleicht dem Bajonett. Krieg ist Krieg.

Aber dann kommt man ins Grübeln: Wer hat diesen Krieg begonnen? Wer hat die Bandera-Leute, Faschisten und UNA-UNSO beschworen? Wer hat diese Hysterie unter den russischsprachigen Ukrainern und ukrainischen Russen angefächert? Wer hat ihnen ein halbes Jahr zum Frühstück über das Lemberger Massaker und zum Mittagessen über Massenerschießungen bei Charkow erzählt? Wer hat den ›Rechten Sektor‹ aus einer Handvoll Randfiguren vom Maidan, die nicht mal einen Namen hatten, in einen zentralen Akteur des ukrainischen Nationalismus verwandelt? Und wer hat vor allem diesen Nationalismus mit Wachstumshormonen gemästet, als Monat für Monat über die ganze Ukraine verschossen wurden?

Ja, nun haben wir Krieg. Auf beiden Seiten gibt es nun Tote. Nun gibt es weder die, die recht haben, noch schuldige. Nun steht der Ameisenhaufen im Flammen, man kann sich die Hände ausschütteln, zur Seite treten und eine »unparteiischer Haltung« einnehmen.

Denn ihr habt das angestellt, Jungs. Im Kreml wurde es ausgedacht, und ihr habt es angestellt. Jeder von euch. Wer den Job nicht wechseln wollte. Wer vor Gehaltskürzungen Angst hatte. Wer einfach nicht wusste, wie er dem Vorgesetzten widersprechen sollte. Wer sich selbst überzeugt hat, er habe recht.

Die ›höflichen Menschen‹ – die Sondereinheit des GRU [mil. Nachrichtendienst] – mögen wohl niemanden getötet haben. Ihr aber habt getötet. Es wird nicht leicht für euch, damit zu leben. Besser sich selbst zu belügen, als so, wie ihr die anderen belogen habt. Besser fixen und sich vergessen.

Eure Medaillen sind keine Auszeichnungen. Da teilt euch Putin Morphium aus.

Begießt es heute und gedenkt derer, die ihr begießt.«

*Dmitrij Gluchowskij im Blog von snob.ru vom 5. Mai 2014 <<http://www.snob.ru/profile/25578/blog/75800>>*

## Odessa in Flammen

Als ich gestern und heute Schlagzeilen gelesen habe, ist mir schlecht davon geworden, wie unsere Patrioten sich auf diese schreckliche Nachricht über die Toten in dem Gebäude gestürzt haben, als ob die Taten der Einen die Taten der anderen rechtfertigten. Der Schrecken aller Kriege besteht darin, dass sich alle in »die unseren« und die »die anderen« aufteilen, in »Maidan« und »Wattejacken« [spött. Bezeichnung für Russen], in jeden, jeden Quatsch. Mit einigem Befremden beobachte ich vollkommen bolschewistische Klammern: sind Sie für oder gegen den Einmarsch der Truppen? Also wirklich, entscheiden Sie sich, ja, direkt hier!

Zur gleichen Zeit lügt Timoschenko aus irgendeinem Grund heftig und hässlich über die »Befreiung administrativer Gebäude« und die »Attacke mit Molotow-Cocktails«, und bezeichnet die Ereignisse an diesem Tag als eine »friedliche Aktion«. Schuster spricht aus irgendeinem Grund von getöteten Russen [hier: Bürger der Russischen Föderation] (wobei weder das Außenministerium Russlands noch der Ukraine bisher Nachnamen und Staatsangehörigkeit der Toten veröffentlicht haben), die Polizei lügt, die Protestierenden hätten »sich selbst angezündet«. Was unser föderales Fernsehen lügt, traut man sich kaum zu zitieren. Die Wahrheit interessiert niemanden.

Denn die Wahrheit – nicht nur die Wahrheit über diese Tragödie, sondern jede Wahrheit über Krieg und Konflikt – ist komplizierter, hat viele interessierte Beteiligte, Akteuren und läuft nicht auf ein debiles »bist du für die Roten oder für die Weißen?« hinaus. Ein vernünftiger Mensch wäre »für die Weißen«, wenn die »Weißen« gerecht handeln, und er wäre für die »Roten«, wenn die »Roten« gerecht handeln. Mir scheint es hier keinen Widerspruch zu geben. Die Komplexität der Situation besteht aber darin, dass es weder »Rote« noch »Weiße« mehr gibt. Sie wurden durch Bandera-Leute, GRU-ler, zufällige Passanten, Fanatiker des Rechten Sektors, Patrioten der Ukraine, reale Befürworter der Föderalisierung abgelöst. Und all diese Vielfalt lässt sich auf keinem Fall auf das simple Schema »Bandera-Leute« gegen »Wattejacken« herunterbrechen.

*Xenia Sobtschak im Blog von snob.ru vom 4. Mai 2014 <<http://www.snob.ru/profile/24691/blog/75771>>*

*Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst.  
Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin*

## Putins Rationalität

Jens Siegert, Berlin

Es erinnert an eine Art Besessenheit, mit der sich viele Menschen in Russland ihren tatsächlichen oder imaginierten Feinden widmen. Einer der Lieblingsfeinde ist der ehemalige sicherheitspolitische Berater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, der bis heute, neben Henry Kissinger, als die graue Eminenz der US-Globalstrategen gilt. Was immer Brzezinski sagt, dient zur Illustration der Einkreisung Russlands durch den Westen. Denn Brzezinski und seinesgleichen sind dessen geheime Drahtzieher. Vielleicht ist die Fixierung auf Brzezinski in Russland aber auch nur so groß, weil er betreibt, was vieler Russen liebstes Hobby ist: Geopolitik.

Nun wird ihm ja das Bonmot zugeschrieben, Russland sei ohne die Ukraine keine Weltmacht mehr. Allein das hört sich in vielen russischen Ohren wie Beweis und Geständnis zugleich für die finsternen Pläne »des Westens« an. Wenn Brzezinski recht hat (und einiges spricht dafür, auch wenn der Umkehrschluss, Russland sei mit der Ukraine wieder Weltmacht, durchaus zweifelhaft ist), dann entscheidet sich in diesen Wochen und Monaten, ob Russland noch einmal Imperium spielen darf. Ob das gut wäre für das Land und seine Leute, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich hielte es für eine Katastrophe.

Doch hier soll es nicht darum gehen, sondern darum, wie es dazu kommen konnte, obwohl niemand es für möglich gehalten hat (außer einigen obskuranten Wirtsköpfen, die wir nun fast täglich im russischen Fernsehen bewundern dürfen).

Putins Politik hat sich von Anfang an durch eine hohe Rationalität ausgezeichnet, die man auch als ständige Kosten-Nutzen-Rechnung charakterisieren könnte. Er hatte das Ziel, Russland wieder zur Großmacht zu machen. Aber gleichzeitig trieb ihn die Erkenntnis, dass das nur möglich sein werde, wenn sich das Land, zumindest solange es schwach ist, an die allgemein geltenden internationalen (vulgo: »westlichen«) und möglichst auch ökonomischen Regeln hält. Ein alternativer Weltentwurf hatte darin zumindest in den 2000er Jahren (noch) keinen Platz. Entsprechend kamen alle Szenarien (an einer Szenariengruppe war auch ich beteiligt), die bis zum Ende der Präsidentschaft Medwedew entwickelt wurden, zu dem Schluss, dass zwei Dinge auf mittlere Sicht eher unwahrscheinlich seien: eine harte Diktatur im Inneren und ein offener Bruch mit dem Westen im Äußeren.

Doch das Unwahrscheinliche (wie uns schien) ist eingetreten. Putin hat direkt nach seinem dritten Amts-

antritt 2012 erst im Inneren mit einer immer schärfer werdenden Re-Ideologisierung begonnen und scheint nun auch im Äußeren (mit der Annexion der Krim als *Tipping Point*) eben die offene Konfrontation mit dem Westen zu suchen. Doch warum? Wohin soll das führen? Und: Kann er Erfolg damit haben? Darauf weiß momentan wohl niemand eine Antwort. Auch ich schreibe hier nur ein paar Ideen, als Beitrag zum gemeinsamen Nachdenken.

Das naheliegendste Motiv für Putins Handeln der vergangenen zwei Jahre ist der Machterhalt. Er hatte sich mit seiner Rückkehr in den Kreml nach der Interimspräsidentschaft von Dmitrij Medwedjew verkalkuliert. Ein viel größerer (und viel wichtigerer) Teil der Bevölkerung als gedacht, fand diese Idee nicht gut. Gründe dafür gab (und gibt) es einige, die Finanz- und Wirtschaftskrise beispielsweise und die trüben Aussichten für die kommenden Jahre oder die vergebliche Hoffnung vieler auf eine Modernisierung des Landes inklusive einer zumindest vorsichtigen politischen Öffnung (oder wenigstens keiner weiteren Verschließung). Sehr wichtig, vielleicht am wichtigsten dürfte aber eine Banalität gewesen sein: Putins anfangs durchaus dynamisches, mit der Zeit aber immer autoritärer werdendes politisches System hatte sich im Laufe der Zeit in eine schnell alternde Diktatur verwandelt, wenn auch eine vorerst, um ein in Moskau umlaufendes Bonmot zu benutzen, weitgehend »vegetarische«.

Alternde Diktaturen, besonders Diktaturen, die an einer Führungsperson hängen, haben nun aber zwei Probleme und einen Vorteil. Die Probleme: Zum einen zeigt die Popularitätskurve des Führers mit der Zeit nach unten. An ihr aber hängen zu großen Teilen Legitimität und Machterhalt. Zwar kann eine gute und einigermaßen gerechte Wirtschaftspolitik hier eine Weile kompensierend wirken, aber einerseits geht es wirtschaftlich immer und überall auf und ab, und andererseits sinkt meist die Problemlösungskompetenz von autokratischen Regimen mit den Jahren.

Das zweite Problem hat etwas mit der Erneuerung der funktionalen Machteliten zu tun. Außerhalb eines engen Kerns von Vertrauten ist die Fluktuation meist hoch. Wenn die Probleme anfangen, ist es oft schon die zweite oder dritte Generation, die die Macht ausübt (aber nicht die Macht selbst besitzt!). Doch diese jüngere Generation ist in der Regel zynischer, daher gröber und nicht selten auch fanatischer als ihre Vorgänger. Im Ergebnis setzt sie beim Machterhalt tendenziell weniger darauf, Zustimmung durch gute Politik

zu generieren, sondern manipuliert und setzt direkte Gewalt ein.

Der Vorteil: Der Chef ist inzwischen erfahren und abgebrüht, beherrscht die inneren wie die äußeren Machtspiele aus dem Effeff, hat das mögliche Konkurrenzfeld radikal leer gefegt und wird oft zum (wenn auch kontrollierten) Spieler.

Ähnliches passierte auch mit Putin. Mit dem (wenn auch langsamen) Abbröckeln seiner Popularität seit dem Protestwinter 2011/2012 konfrontiert, wählte er die Vorwärtsverteidigung. Er drängte die gerade erst neu entstandene politische Opposition zurück, ließ zahlreiche Protestierende in Gefängnis und Lager verschwinden, erklärte NGOs, die Geld aus dem Ausland bekommen zu »Agenten« und entwickelte Schritt für Schritt seine neue, dezidiert antiwestliche Ideologie.

Mit Ideologie ist es aber so eine Sache. Selbst wenn der Führer oder die Führungsgruppe selbst nicht zu den Gläubigen gehören (und davon gehe ich bei Putin immer noch aus, jedenfalls wenn wir »glauben« in einem eher engstirnigen, fanatischen Sinn verstehen), müssen sie die sie stützende Ideologie doch überzeugend öffentlich vertreten. Das gilt selbst für so in öffentlich-privater Schizophrenie geübten Gesellschaften wie der russischen. Diese Glaubwürdigkeit wird in Russland heute zusätzlich dadurch gestützt, dass bisher marginale obskure Ideologen wie Alexander Dugin, politische Clowns wie Sergej Kurginjan oder der Putin-Berater und Wirtschaftswissenschaftler Sergej Glasjew, die sich bis vor nicht allzu langer Zeit noch im marginalen Niemandsland austobten, nun aus den Politiksendungen der staatlichen Fernsehprogramme nicht mehr wegzudenken sind. Es bleibt die vorerst nicht zu beantwortende Frage, wie weit die neue Ideologie Instrument ist und wie weit die politischen Führer sie glauben.

Die Ideologisierung hat im Übrigen noch eine weitere Stoßrichtung: Sie dient der Disziplinierung der eigenen Machteliten. Dabei unterscheidet sich das heutige Russland in einem Punkt grundsätzlich von der Sowjetunion. Die Sowjetunion war ein *closed shop*. Aller Druck blieb im Kessel. Wer nicht mehr mitmachen wollte oder

als gefährlich galt, verschwand im inneren Exil, manchmal in der eigenen Wohnung, oft aber auch im Straflager. Die Möglichkeit Ausreise gab es kaum, wenn doch, war sie endgültig.

Heute scheint Putin auch bisherigen Unterstützern (und Profiteuren dieser Unterstützung) die Wahl zu lassen. Sie können ins Ausland (zu ihrem Geld) gehen oder sie müssen ihr Geld ins Land zurückholen und weiter dazu gehören. Dann aber unter strengerer Kontrolle. Ähnliches gilt, wenn auch unter weniger komfortablen Bedingungen für Menschen, die in Opposition zu Putin stehen. So wie es aussieht, soll so einer, wenn auch momentan sehr unwahrscheinlich erscheinenden Palastrevolte die Grundlage entzogen werden, bevor überhaupt jemand auf diese Idee kommen.

Zum Schluss will ich noch einmal auf Putins Machtdoktrin zurückkommen. Ihre Ratio könnte in den 2000er Jahre so gelautet haben: Modernisierung in mehr oder weniger begrenzter Zusammenarbeit mit dem Westen, um Russland wieder zur Großmacht zu machen, weil eine Modernisierung gegen den Westen unmöglich ist (oder zumindest sehr schwierig, sehr teuer und mit einem hohen Risiko des Scheiterns). Nun scheint sich eine andere Lesart (ein Traum vieler, auch vieler Außenpolitiker) durchzusetzen, die zwar nicht neu ist, aber bisher sowohl intellektuell als auch wirtschaftlich und politisch marginal war: Modernisierung *gegen* den Westen, weil Russland dazu inzwischen stark genug ist und der Westen viel schwächer als noch vor einem Jahrzehnt (vor der Finanz und Wirtschaftskrise, vor dem Niedergang der USA wegen militärischem und moralischem *overstretch* durch den Irakkrieg).

Ich glaube nicht, dass eine Modernisierung Russlands gegen den Westen möglich ist. Aber die Stimmung in Russland, auch außerhalb der politischen Eliten, ist anders. Es sieht immer mehr danach aus, dass sie das versuchen werden. Es wird ein teurer Versuch. Für den Westen, vor allem aber für Russland.

*Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.*

## 10. April – 8. Mai 2014

10.04.2014	Präsident Wladimir Putin lässt in den Justiz- und Innenbehörden, in der Polizei, in den Strafverfolgungsbehörden, beim Haftvollzug und im Katastrophenschutzministerium per Erlass zahlreiche hochrangige Offiziere ersetzen, darunter 14 Generäle.
11.04.2014	Im Rayon Prigorodnij (Nordossetien) wird die Föderale Fernstraße »Kawkas« von Anwohnern blockiert. Diese protestieren dagegen, dass ihrer Angehörigen als mutmaßliche Untergrundkämpfer festgenommen wurden. Der nordossetische Innenminister Artur Achmetchanow erwirkt vor Ort eine Freigabe der Straße.
10.– 11.04.2014	Unbekannte erschießen den Imam einer Dorf-Moschee im Zuntinskij-Rayon (Dagestan).
11.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht weist die Beschwerde Alexej Nawalnyjs ab, der gegen die Blockierung seines »Livejournal«-Accounts durch den Föderalen Aufsichtsdienst für die Medien (»Roskomnadsor«) Einspruch eingelegt hatte.
11.04.2014	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland nicht plane, sich die südlichen und östlichen Gebiete der Ukraine anzugliedern. Dies würde den russischen Interessen widersprechen.
11.04.2014	Das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) nimmt die Entlassung von Professor Andrej Subow zurück. Subow ist Mitglied der Wahlkommission eines Moskauer Wahlkreises und darf als solches nicht entlassen werden. Das MGIMO hatte Subow am 24.3. wegen dessen kritischer Äußerungen zur russischen Außenpolitik gekündigt.
11.04.2014	Präsident Wladimir Putin setzt per Erlass einen Nationalen Plan zur Korruptionsbekämpfung für die Jahre 2014–2015 in Kraft.
11.04.2014	Präsident Wladimir Putin, die Regierung Russlands, die Senatoren des Föderationsrates sowie die Mitarbeiter der Präsidentialadministration informieren wie gesetzlich vorgeschrieben die Öffentlichkeit über ihre Einkommens- und Besitzverhältnisse für das Jahr 2013. Präsident Wladimir Putin hat demnach im betreffenden Jahr 3,67 Mio. Rubel (ca. 74.000 €) und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew 4,25 Mio. Rubel (ca. 85.000 €) verdient. Topverdiener unter den Mitgliedern der Präsidentialadministration war mit 79,4 Mio. Rubel (ca. 1,6 Mio. €) Oleg Belawenzew, der Bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten im neuen Föderalbezirk Krim. Unter den Senatoren des Föderationsrates war es mit einem Jahresverdienst von 1,312 Mio. Rubel (ca. 26,3 Mio. €) Jefim Malkin, Senator des Autonomen Bezirks der Tschuktschen. Topverdiener in der Regierung war 2013 Michail Alysow, Minister für Angelegenheiten der »Offenen Regierung« mit einem Jahreseinkommen von 282,9 Mio. Rubel (ca. 5,7 Mio. €).
11.04.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt Anton Kobjakow zu seinem Berater. Kobjakow hatte seit November 2012 die Kanzlei des Präsidenten geleitet. 2008–2012 war Kobjakow in der Präsidentialadministration Abteilungsleiter für Außenpolitik gewesen.
12.04.2014	Auf der Krim tritt eine neue Verfassung in Kraft, der zufolge die Krim ein untrennbarer Teil des Territoriums der Russischen Föderation und ein demokratischer Rechtsstaat ist. Russisch, Ukrainisch und Krimtatarisch werden als Amtssprachen festgelegt.
12.04.2014	In Machatschkala (Dagestan) nehmen rund 500 (nach Angaben der Veranstalter: 3.000) Personen an einer nicht genehmigten Demonstration für die Freilassung des festgenommenen Ex-Bürgermeisters Saïd Amirow teil. Die Demonstranten blockieren eine Straße im Stadtzentrum. 22 Personen werden von der Polizei vorübergehend festgenommen.
12.04.2014	Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident und verantwortlich für den Militär-Industriellen Komplex, erklärt, dass bis 2020 20 Billionen Rubel (ca. 404 Mrd. €) in die Modernisierung der russischen Armee und Flotte investiert werden sollen. Weitere 3 Billionen Rubel (ca. € 60,6 Mrd.) sollen in die Modernisierung der Rüstungsbetriebe investiert werden.
12.04.2014	Der ehemalige Präsident der Ukraine Viktor Janukowytsh veranstaltet in Rostow am Don eine Pressekonferenz. Er erklärt, die Ukraine befände sich am Rande eines Bürgerkriegs und ruft dazu auf, die Anweisungen der neuen Regierung nicht zu befolgen. Zudem sollten Referenden über den Status der Regionen durchgeführt werden.
12.– 13.04.2014	US-Außenminister John Kerry droht bei einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen weitere Sanktionen gegenüber Russland an, sollte es keine Schritte zur Deeskalation der Situation in der Ukraine unternehmen. Lawrow wiederum warnt, im Falle eines Einsatzes der ukrainischen Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung in der Ostukraine werde das geplante Gipfeltreffen in Genf scheitern.

13.04.2014	An der oppositionellen Versammlung »Marsch der Freiheit« zur Meinungsfreiheit und dem Recht auf objektive Information nehmen im Moskauer Stadtzentrum nach Medienschätzungen 2–3.000 Personen teil. Schriftsteller wie Dmitrij Bykow und Ljudmila Ulizkaja kritisieren die Politik des Staates gegenüber den Medien und bekunden ihre Solidarität mit dem kritischen Fernsehsender »TV Doschd«.
13.– 14.04.2014	In New York findet eine Krisensitzung des UN-Sicherheitsrates unter Beteiligung des Ständigen Vertreters der Ukraine statt. Russland kritisiert den Einsatz ukrainischer Streitkräfte in Slawjansk.
14.04.2014	In den vergangenen 24 Stunden werden 87 Waldbrände im russischen Fernen Osten registriert. Betroffen sind die Regionen Primorje und Chabarowsk, das Gebiet Amur sowie das Jüdische Autonome Gebiet. Seit Jahresbeginn hat es 773 Waldbrände auf einer Fläche von insgesamt 59.900 Hektar gegeben.
14.04.2014	Michail Dmitrijew wird als Präsident des »Zentrums für Strategische Ausarbeitungen« (CSR) entlassen. Seine Position übernimmt Wladimir Knjagin, der bisherige Leiter von »CSR Nord-West«. Dmitrijew verlässt mit seinem Team das CSR.
14.04.2014	Präsident Wladimir Putin legt per Erlass fest, dass die Gehälter des Präsidenten und des Ministerpräsidenten um 165 % steigen. Putins Sprecher Dmitrij Peskow begründet dies mit einer notwendigen Anpassung, da die beiden wegen der allgemeinen Gehaltserhöhungen die »am niedrigsten bezahlten Vertreter in der obersten Staatsmacht« seien.
14.04.2014	Gegen Platon Lebedew, den Ex-Häftling im Fall »Jukos«, wird eine zeitweilige Ausreiseperrre verhängt.
14.04.2014	Der stellvertretende Premierminister der Krim Rustam Temirgalijew erklärt, dass die Lieferungen von Dnjepr-Wasser auf die Halbinsel von den ukrainischen Behörden auf ein Viertel des bisherigen Volumens reduziert worden seien.
14.04.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt Sergej Aksjonow nach einem Treffen zum geschäftsführenden Oberhaupt der Republik Krim. Nach einem Treffen mit Alexej Tschalij, dem geschäftsführenden Gouverneur der Stadt Sewastopol, ernennt Putin den ebenfalls anwesenden bisherigen Stellvertretenden Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte Sergej Menjajlo zum Interimgouverneur von Sewastopol. Putin setzt in den beiden Regionen für Mitte September Neuwahlen an.
14.04.2014	Japanische Kampfflugzeuge fangen vier russische Militärflugzeuge ab und geleiten diese aus dem japanischen Luftraum. Das amerikanische Verteidigungsministerium meldet, dass ein russisches Kampfflugzeug ein US-Kriegsschiff im Schwarzen Meer im Tiefflug überflogen habe.
14.– 15.04.2014	Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Barack Obama erörtern in einem Telefonat die Situation im Osten der Ukraine. Obama äußert seine große Sorge über die Unterstützung pro-russischer Einheiten durch Moskau und bittet Putin, seinen Einfluss auf diese bewaffneten Kräfte geltend zu machen. Putin weist dies zurück. Die Unruhen seien ein Ergebnis der Politik der ukrainischen Übergangsregierung.
15.04.2014	In der Region Transbaikalien wird wegen der Waldbrände der Ausnahmezustand ausgerufen.
15.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew empfängt in Moskau seine kasachischen und weißrussischen Amtskollegen Karim Masimow und Michail Mjasnikowitsch. Im Mittelpunkt der außerplanmäßigen Gespräche stehen die Eurasische Wirtschaftsunion und die Lage in der Ukraine.
15.04.2014	Ein Sprecher des russischen Katastrophenschutzministeriums teilt mit, dass das Ministerium ein Flugzeug mit mehr als 14 Tonnen humanitärer Hilfsgüter, darunter Lebensmittel und Medikamente, nach Latakia (Syrien) entsandt habe. Auf dem Rückflug sollen russische Staatsbürger und Bürger von GUS-Staaten ausgeflogen werden.
15.04.2014	Der russische Sportminister Vitalij Mutko gibt auf einer Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitik im Föderationsrat bekannt, dass in Russland ab 2015 anstelle von Landesmeisterschaften Spartakiaden durchgeführt werden. Spartakiaden von 1928 – 1937 als sozialistische Gegenveranstaltungen zu Olympischen Spielen durchgeführt worden.
15.04.2014	Leonid Sluzkij, Vorsitzender des Duma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, gibt bekannt, dass die Staatsduma keine Wahlbeobachter zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai entsenden werde. »Wir erkennen diese Wahlen nicht an«, erklärte Sluzkij.
15.04.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation russischer Sondereinheiten werden in Machatschkala (Dagestan) vier mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet. Drei Mitglieder der Sondereinheiten werden bei dem Einsatz verletzt.
15.04.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Telefongespräch mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass Moskau eine Verurteilung der ukrainischen Militäroperation im Osten des Landes durch die UN erwartet. Das russische Außenministerium äußert seine tiefe Besorgnis angesichts der Meldungen über die Opfer, die bei der Einnahme des Flughafens bei Kramatorsk durch die ukrainische Armee zu beklagen waren. Bei dem Einsatz sollen mindestens vier Kämpfer der »Selbstverteidigungskräfte« getötet worden sein.



15.04.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in der Bibliothek der Moskauer Staatsuniversität an einer Kuratoriumssitzung der »Russischen Geographischen Gesellschaft« als deren Vorsitzender teil. Unter den Teilnehmern sind auch Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, die Vorsitzende des Föderationsrates Valentina Matwijenko, der Leiter der Präsidentialadministration Sergej Iwanow sowie als Ehrengast Robert Warren Dudley, der Konzernchef von BP.
15.– 16.04.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel bespricht in einem Telefonat mit Präsident Wladimir Putin die Lage in der Ukraine. Die Situation in der Ukraine ist auch Inhalt des Telefongesprächs zwischen Wladimir Putin und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.
16.04.2014	Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im russischen Föderationsrat Sergej Rjabuchin gibt bekannt, dass durch russische Regionen und russische Bürger ca. 5 Mrd. Rubel (ca. 100 Mio. €) zur Unterstützung der Krim und der Stadt Sewastopol gesammelt wurden.
16.04.2014	Der russische Föderationsrat verabschiedet ein Gesetz, das einen verpflichtenden Sprach- und Wissenstest für Arbeitsmigranten einführt; Hochqualifizierte sind hiervon ausgenommen. Wer keinen vor dem 1.9.1991 ausgestelltten Pass einer ehemaligen Sowjetrepublik besitzt, muss einen Sprachtest sowie Tests zur Geschichte und Grundzügen der Gesetzgebung Russlands ablegen. Der Föderationsrat verabschiedet darüber hinaus ein Gesetz, wonach ausländische Staatsbürger als Piloten bei russischen Fluggesellschaften arbeiten dürfen.
16.04.2014	Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Abgeordneten der russischen Staatsduma für 2013 werden veröffentlicht. Topverdiener ist der Abgeordnete Grigorij Anikejew (»Einiges Russland«), Mitglied im Duma-Ausschuss für Eigentumsfragen, mit einem Vorjahreseinkommen von 1,706 Mio. (ca. 34 Mio. €).
16.04.2014	Der Abteilungsleiter für langfristige strategische Planungen im Finanzministerium Maxim Oreschkin teilt mit, dass im Jahr 2014 möglicherweise ca. 1 Billion Rubel (ca. 20,3 Mrd. €) weniger als erwartet eingenommen werde.
17.04.2014	In Chasawjurt (Dagestan) wird Musa Islawow, ein Abgeordneter des Republikparlamentes, von Unbekannten erschossen. Auch sein Fahrer wird bei dem Anschlag getötet.
17.04.2014	In Moskau findet der 12. »Direkte Draht« mit Präsident Wladimir Putin statt, der landesweit direkt übertragen wird. Putin beantwortet mehr als vier Stunden lang Fragen, insbesondere zum Beitritt der Krim zu Russland, zur Situation in der Ukraine sowie zur Wirtschafts-, Außen- und Sozialpolitik. Putin erklärt u. a., dass hinter den »Selbstverteidigungskräften« auf der Krim russische Soldaten standen »um die Bedingungen zur Durchführung des Referendums auf der Krim zu gewährleisten«.
17.04.2014	Das russische Außenministerium fordert von der Ukraine eine offizielle Erklärung zu den neuen Einreisebeschränkungen für Bürger der Russischen Föderation: männliche Staatsbürger zwischen 16 und 60 Jahren dürfen mit Wirkung von 17.4. nicht mehr in die Ukraine einreisen. Die ukrainische Grenzbehörde begründet die Entscheidung mit einer hohen Terrorgefahr. Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet die Entscheidung als skandalös.
17.04.2014	In Genf beginnen die Verhandlungen zur Lösung der Krise in der Ukraine unter Beteiligung der Außenminister Russlands (Sergej Lawrow), der USA (John Kerry), der Ukraine (Andrij Deschtschyzja) sowie Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Am Abend einigen sich alle vier Seiten in einer »Genfer Erklärung« auf Schritte zur Deeskalation der angespannten Lage.
17.04.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan vor dem Hintergrund des Beitritts der Krim zu Russland die Situation der Krimtataren auf der Halbinsel.
18.04.2014	Generaloberst Sergej Surowin, der Kommandeur der Streitkräfte im Östlichen Militärbezirk, erklärt, auf den südlichen Kurileninseln Iturup und Kunaschir sei bis 2016 der Bau von über 150 militärischen Einrichtungen geplant.
18.04.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Generaldirektor des Ölkonzerns Shell Ben van Beurden. Das Unternehmen plane, seine Beteiligung am Projekt »Sachalin-2« auszuweiten. Putin verspricht, Shell bei seinen Projekten in Russland zu unterstützen. Im Anschluss nimmt Putin einen Live-Bericht des Gazprom-Chefs Alexej Miller von der Ölbohrplattform »Priraslornaja« in der Petschorasee entgegen.
18.04.2014	Die Partei »Bürgerplattform« wendet sich an den Vorsitzenden der Staatsduma Sergej Naryschkin sowie an Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka mit der Forderung, dem Vorsitzenden der LDPR Wladimir Schirinowskij das Abgeordnetenmandat zu entziehen. Schirinowskij hatte eine Journalistin von »Russia today« in der Staatsduma grob beleidigt. Naryschkin weist den Duma-Ausschuss für Fragen der Abgeordnetenethik an, den Vorfall zu untersuchen.
18.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, dem zufolge 10 der 11 Mrd. US-Dollar Schulden Nordkoreas gegenüber der Sowjetunion erlassen werden. Die verbliebene Milliarde soll über einen Zeitraum von 20 Jahren zurückgezahlt und von Russland in Nordkorea refinanziert werden.
18.04.2014	Sitzung des Sicherheitsrates Russlands zur Lage in der Ukraine vor dem Hintergrund der Verhandlungen und Vereinbarungen in Genf.

18.04.2014	Der russische Katastrophenschutzminister Wladimir Putschkow verhängt in mehreren Regionen des Fernen Ostens Russlands wegen der Gefahr einer Ausbreitung von Waldbränden den Ausnahmezustand.
19.04.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Fernsehinterview, dass die russischen Soldaten, die bei der Durchführung des Referendums auf der Krim für Sicherheit gesorgt haben, staatliche Auszeichnungen erhalten werden.
19.04.2014	Der Leiter des russischen Migrationsdienstes Konstantin Romodanowskij gibt bekannt, dass nur rund 3.000 Bewohner der Krim und Sewastopols einen russischen Pass ablehnen würden. Zwischen 1,5 und 1,7 Mio. Bewohner der Krim erhalten russische Pässe.
19.04.2014	Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Wladimir Putin, erklärt in einem Fernsehinterview, dass Putin die Entscheidung über einen Beitritt der Krim zu Russland allein getroffen habe.
19.– 20.04.2014	Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nehmen gemeinsam am Ostergottesdienst in der Christ-Erlöser Kathedrale in Moskau teil. Patriarch Kyrill gratuliert den beiden sowie Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, zu Ostern. Putin entrichtet den orthodoxen Gläubigen den Ostergruß und betont die wichtige Rolle der Orthodoxen Kirche, die den Menschen dabei helfe, »den Glauben zu finden und sie auf ihrem Lebensweg zu stärken«.
21.04.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Reihe von Gesetzen, unter anderem eines, das die Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft für russische Muttersprachler vereinfacht und Sprach- und Landeskundentests für Arbeitsmigranten einführt. Er unterzeichnet ferner einen Erlass zur Rehabilitierung verfolgter Völkerschaften auf der Krim, darunter der Krim-Tataren, Armenier, Griechen und Deutschen. Der Präsident legt zudem einen Gesetzesentwurf zur Einrichtung einer Glücksspielzone auf der Krim in die Staatsduma vor.
21.04.2014	Konstantin Busygin, ehemaliger Leiter des Konzerns »Kalaschnikow«, wird von der russischen Regierung zum Leiter der Föderalen Agentur für die Ausstattung der Staatsgrenze (»Rosgraniza«) ernannt. Sein Amtsvorgänger Dmitrij Besdelow wird seit gut sechs Monaten wegen des Verdachts auf Veruntreuung von 1 Mrd. Rubel (ca. 20 Mio. €) per Haftbefehl gesucht.
21.04.2014	Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowytsh fordert eine Rückkehr der ukrainischen Streitkräfte in ihre Kasernen und definiert fünf Schritte zur Vermeidung eines Bürgerkrieges. Dazu gehören die Durchführung von Referenden über die Frage der Föderalisierung des Landes und eine entsprechenden Verfassungsreform. Erst dannach müsse es Neuwahlen geben, deren internationale Kontrolle gewährleistet ist.
21.04.2014	Das russische Verteidigungsministerium und der Menschenrechtsrat beim Präsidenten unterzeichnen eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit bei den Menschenrechten und deren Schutz im Bereich der Streitkräfte.
22.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew legt vor der Duma seinen alljährlichen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der russischen Regierung im vergangenen Jahr vor. Die ungünstige Lage auf den Weltmärkten habe empfindlichen Seiten der russischen Wirtschaft offen gelegt, katastrophal sei die Situation aber nicht. Die Folgen der Sanktionen durch die EU und den USA ließen sich minimieren. Die Bemühungen der Staatsmacht seien weiterhin auf eine Erhöhung der Renten und der Gehälter der Staatsbediensteten sowie auf die Bereiche Bildung und Gesundheit ausgerichtet
22.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj wegen Verleumdung des Bezirksabgeordneten Alexej Lisowenko (»Einiges Russland«) zu einer Geldstrafe in Höhe von 300.000 Rubel (ca. 6.000 €). Nawalnyj soll Lisowenko auf seinem Twitter-Account als »Drogenabhängigen« bezeichnet haben, obwohl er unter Hausarrest steht und das Internet nicht nutzen darf. Die Verteidigung legt Berufung ein.
22.04.2014	Pawel Durow, Gründer des sozialen Netzwerks »V Kontakte« (jetzt: »VK«), teilt mit, dass er Russland verlassen habe und nicht plane, in sein Heimatland zurück zu kehren: »Leider ist es in diesem Land unmöglich, ein Onlineunternehmen zu führen«, so Durow.
22.04.2014	Präsident Putin leitet eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Im Zentrum steht die Entwicklung der Arktis. Putin ordnet an, ab 2017 eine vollwertige Finanzierung des Entwicklungsprogramms für die Arktis zu gewährleisten.
22.04.2014	Die Staatsduma verabschiedet ein Paket von »Anti-Terror-Gesetzen«. Dieses sieht lebenslängliche Haftstrafen für mehrere Straftatbestände mit terroristischer Ausrichtung, verschärfte Strafen für die Organisation von Massenunruhen sowie eine Ausweitung der Befugnisse des Inlandsgeheimdienstes FSB bei der Terrorbekämpfung vor.
22.04.2014	Die Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, durch das Blogger mit Medienorganen gleichgestellt werden. Natürliche oder juristische Personen müssen dem Föderalen Aufsichtsdienst für die Medien (»Roskomnadsor«) informieren, wenn sie ihre Tätigkeit aufnehmen; die Informationen sind dann sechs Monate lang zu speichern. Als Blogger gilt nun, wer mehr als 3.000 Klicks pro Tag auf seiner Internetseite verzeichnet.



22.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der »Higher School of Economics« (HSE). Neuer Aufsichtsratsvorsitzender wird Wjatscheslaw Wolodin, der Erste stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration.
23.04.2014	Der Pressedienst des Südlichen Militärbezirks teilt mit, dass die Kampfbereitschaft der russischen Flottille auf dem Kaspischen Meer außerplanmäßig überprüft wird.
23.04.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass Inna Bilenkina zur Leiterin der Verwealtung Wissenschafts- und Bildungspolitik in der Präsidentialadministration. Bilenkina war von 2010 – 2012 stellvertretende Ministerin für Bildung und Wissenschaft.
23.04.2014	Präsident Wladimir Putin verleiht per Erlass den Marschall Shukow-Staatspreis für Errungenschaften in der Militärtechnik, Militärforschung und Rüstung sowie in Literatur und Kunst. In der Sparte Literatur und Kunst erhält Jurij Bondarjow die Auszeichnung für seine Darstellungen des Heldenmuts und der Tapferkeit der »Vaterlandsverteidiger im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«.
23.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das eine »Rehabilitierung des Nationalsozialismus« mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug ahndet. Als solches gilt eine Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie die Verbreitung von falschen Informationen über die Handlungen der UdSSR während des 2. Weltkrieges. Ein weiteres, von der Staatsduma verabschiedetes Gesetz, untersagt den Gebrauch von Kraftwörtern in Film und Fernsehen.
24.4.2014	Russland veranlasst, dass in der Kommission des UN-Sicherheitsrats die Behandlung des Antrags Frankreichs und der USA auf Sanktionen gegen François Bozizé, den früheren Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, unterbrochen wird.
24.4.2014	In Chasawjurt (Dagestan) eröffnet eine Frau das Feuer auf Sicherheitskräfte, die eine Spezialoperation durchführen. Sie wird getötet, als diese das Feuer erwidern.
24.4.2014	Auf dem Medienforum der Allrussischen Volksfront (ONF) kritisiert Präsident Wladimir Putin den Einsatz des ukrainischen Militärs gegen die eigene Bevölkerung als Verbrechen des »Kiewer Regimes«. Er erklärt ferner, dass das Internet als Projekt der CIA begonnen habe. Die USA kontrollierten die Datenströme, da die meisten Server dort stationiert seien. Man werde Mittel einsetzen, um die Informationsversorgung in Russland zu gewährleisten.
24.04.2014	Verteidigungsminister Sergej Schojgu verkündet, dass angesichts der Konzentration ukrainischer Truppen im Osten der Ukraine russische Verbände des Südlichen und Westlichen Militärbezirks im Grenzbereich Übungen aufgenommen hätten.
25.04.2014	Standard & Poor's senkt das Rating Russlands von BBB auf BBB-.
25.04.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel erörtern telefonisch die Situation in der Ukraine und die Gasfrage.
25.04.2014	Bei Slawjansk wird ein Beobacherteam, das sich auf Einladung der ukrainischen Regierung im Rahmen einer OSZE-Verifikationsmission in der Ostukraine aufhält, von bewaffneten Kräften der ostukrainischen Opposition festgenommen. Das Team steht unter deutscher Leitung. Ihm gehören acht Offiziere aus Deutschland, Tschechien, Schweden und Dänemark an.
26.04.2014	Die Visaerleichterungen für Reisen zwischen Russland und China treten in Kraft.
26.04.2014	Bei einer Spezialoperation in Derbent (Dagestan) werden zwei Aufständische getötet. Ein Angehöriger der Sicherheitskräfte wird verwundet.
27.04.2014	Marija Scharapowa gewinnt das Tennisturnier in Stuttgart.
27.04.2014	Die USA kündigen an, dass sie am 28.4. die Sanktionen auf Personen und Unternehmen aus dem Rüstungs- und Technologiesektor, die Präsident Putin nahestehen, ausdehnen werden.
28.04.2014	Das Gericht der Region Primorje verkündet das Urteil gegen die »Primorsker Partisanen«, eine Gruppe, die für Entführungen, Raubüberfälle und mehrere Morde verantwortlich war. Die Mitglieder der Gruppe werden zu Haftstrafen zwischen acht Jahren und lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.
28.04.2014	Präsident Wladimir Putin ordnet an, Pläne für die Ersetzung ukrainischer Zulieferungen für den russischen Rüstungssektor auszuarbeiten.
28.04.2014	Präsident Wladimir Putin kritisiert die Regierung für die Verzögerungen bei der Lösung des Problems der »Monostädte«.

29.04.2014	Die Europäische Union veröffentlicht eine Liste von 15 Personen, gegen die im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine Sanktionen verhängt werden. Dazu gehören u. a. der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Kosak, der Generalstabschef Valerij Gerasimow und Igor Sergun, der Chef des militärischen Nachrichtendienstes GRU.
29.04.2014	In der Region Transbaikalien greift ein Waldbrand auf ein Munitionslager über. Bei der Explosion von Munition werden 11 Personen getötet und 23 verletzt.
29.04.2014	Sitzung der Staatsoberhäupter des Eurasischen Wirtschaftsrats in Minsk. An der Sitzung nehmen Präsident Wladimir Putin und seine kasachischen und belorussischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew und Alexander Lukaschenka teil. Thema ist der Entwicklungsstand der Organisation.
29.04.2014	In einem Gespräch mit Journalisten anlässlich der Sitzung des Eurasischen Wirtschaftsrats kommentiert Präsident Wladimir Putin die neuen Sanktionen der USA und der EU gegen Russland. Er bezeichnet diese als Versuch des Westens, die Schuld für die Situation in der Ukraine, die der Westen selbst trage, Russland zuzuschieben. Er droht als mögliche Reaktion Schritte in Bezug auf ausländische Investitionen im Energiesektor an.
30.04.2014	Präsident Wladimir Putin erörtert mit dem britischen Ministerpräsidenten David Cameron und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi telefonisch die Entwicklungen in der Ukraine.
01.05.2014	In Moskau findet auf dem Roten Platz eine Demonstration der Gewerkschaften statt. Die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation wird auf vielen Plakaten hervorgehoben. In ganz Russland nehmen nach offiziellen Angaben 2,5 Mio. Personen an Veranstaltungen zum 1. Mai teil.
01.05.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel bittet Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch, sich für die Freilassung der Angehörigen der Verifikationsmission der OSZE einzusetzen, die in Slawjansk festgehalten werden.
02.05.2014	Auf Ersuchen Russlands setzt sich der Schweizer Präsident Didier Burkhalter als Vorsitzender der OSZE mit der ukrainischen Regierung in Verbindung und bittet sie, die Militäraktionen in der Ostukraine zu beenden. Indessen wird in Slawjansk ein Fahrzeug mit russischen Journalisten von ukrainischen Sicherheitskräften beschossen.
02.05.2014	Eine Initiative Russlands im UN-Sicherheitsrat, die Gewaltanwendung durch die ukrainische Regierung zu verurteilen, scheitert, da man sich nicht darüber einigen kann, auch die Aktionen der ostukrainischen Opposition in die Erklärung aufzunehmen. Indessen werden bei Gefechten in der Ostukraine und bei Zusammenstößen in Odessa zahlreiche Menschen getötet, darunter über 40 allein in Odessa.
03.05.2014	Der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte in der Russischen Föderation Wladimir Lukin erreicht in Slawjansk als Sonderbevollmächtigter des russischen Präsidenten die Freilassung der OSZE-Verifikationsmission und ihrer ukrainischen Begleiter.
03.05.2014	Auf dem Manegenplatz in Moskau erfolgt eine Protestaktion mit Anti-Putin-Plakaten. Eine Person wird festgenommen, später aber wieder freigelassen.
04.05.2014	Michail Markelow, der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Dumausschusses für gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen, fordert, dass die amtierende ukrainische Regierung vor den Haager Gerichtshof gestellt wird. Die Abgeordneten, die die Kiewer Regierung unterstützen, bezeichnet er als Verräter und fordert, ihnen das Mandat zu entziehen.
05.05.2014	Der Menschenrechtsrat beim Präsidenten ruft die UNO und die OSZE dazu auf, Gespräche zwischen den Konfliktparteien in der Ukraine zu organisieren.
05.05.2014	Die Schauspielerin Tatjana Samojlowa (»Die Kraniche ziehen«, »Anna Karenina«) stirbt im Alter von 81 Jahren.
05.05.2014	Bei einer Spezialoperation in Chasawjurt (Dagestan) werden drei Häuser blockiert, in denen sich drei Aufständische befinden sollen. Zwei Aufständische werden bei der Aktion getötet.
05.05.2014	Das russische Außenministerium übergibt Präsident Wladimir Putin einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine von November 2013 und März 2014.
05.05.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch von Marina Kowtun, der Gouverneurin des Gebietes Murmansk, an und ernennt sie bis zu den vorgezogenen Neuwahlen zur geschäftsführenden Gouverneurin
05.05.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Leugnung von Tatsachen, die der Nürnberger Gerichtshof nach 1945 festgestellt hat, und die Verbreitung von falschen Behauptungen über die Aktivitäten UdSSR in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unter Strafe stellt.
05.– 06.05.2014	Außenminister Sergej Lawrow nimmt an der Ministersitzung des Europarates anlässlich des 65jährigen Bestehens des Rates in Wien teil. Er ruft zur Beendigung der Kampfhandlungen und zur Einbeziehung der Vertreter der Südost-Ukraine in einen politischen Dialog auf. Der Außenminister bezweifelt auch die Legitimität der Präsidentenwahlen in der Ukraine.

05.– 06.05.2014	In Ostmitteleuropa beginnen militärische Übungen unter Beteiligung von US-amerikanischen Truppen. In Polen üben polnische, kanadische und US-amerikanische Luftlandtruppen gemeinsam. In Estland beginnt am 5.5. die Übung »Frühjahrssturm«, ein dreiwöchiges Manöver, an dem 6.000. Mann teilnehmen. In Rumänien beginnt am 6. 5. die rumänisch-amerikanische Übung »Black Sea Rotational Force 14 (BSRF)«.
06.05.2014	Auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau findet eine nicht genehmigte Demonstration statt, die an die im »Bolotnaja-Prozess« Verurteilten erinnern will. 12 Demonstranten und ein Journalist werden festgenommen.
06.05.2014	Die US Air Force teilt mit, dass russische Bomber des Typs Tu-95 (»Bear«) vor der kalifornischen Küste und bei der Insel Guam identifiziert worden seien. Es seien US-amerikanische Jäger entsandt worden, um sie abzufangen.
06.05.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch des Oberhauptes der Republik Kalmykien Alexej Orlow an und ernennt ihn bis zu den vorgezogenen Neuwahlen zum amtierenden Republiksoberhaupt.
06.05.2014	Beim »Eurovision Song Contest« 2014 erreichen die Schwestern Anastasija und Marija Tolmatschewa, die für Russland antreten, die Finalrunde.
07.05.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Schweizer Bundespräsidenten Didier Burkhalter, dessen Land gegenwärtig den OSZE-Vorsitz innehat. In den Gesprächen geht es um eine <i>Road map</i> zur Lösung der Ukraine-Krise. Vor der Presse erklärt Putin, dass man ähnliche Vorstellungen über das weitere Vorgehen habe. Er fordert die Vertreter der ostukrainischen Seite auf, das für den 11. Mai geplante Referendum über die Unabhängigkeit der Region zu verschieben, und verlangt zugleich, dass die amtierende Regierung in Kiew Gespräche mit den politischen Kräften aufnimmt, die eine Loslösung der Ostukraine anstreben.
07.05.2014	Am Abend findet eine Sitzung des russischen Sicherheitsrats statt, bei der die Lage in der Ukraine und die Ergebnisse der Gespräche zwischen Putin und Burghalter erörtert wurden.
08.05.2014	Die Separatistenführer in der Ostukraine (Donezk und Luhansk) lehnen eine Verschiebung des Referendums am 11.5., wie von Putin vorgeschlagen, ab.
08.05.2014	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass entschieden worden sei, die Luftstreitkräfte und die Streitkräfte der Luft- und Weltraumabwehr zu einer Teilstreitkraft, den Luft- und Weltraumstreitkräften zu vereinigen.
08.05.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der sowjetischen Teilnehmern des »Großen Vaterländischen Krieges«, die in Litauen, Lettland und Estland leben, auf Lebenszeit eine monatliche Versorgungsleistung in Höhe von 500–1.000 Rubel (ca. 12–25 Euro) garantiert.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen  
und Halbach Stiftung

**MANGOLD**  
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### **Belarus-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Caucasus Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### **Polen-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### **Russland-Analysen**

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Russian Analytical Digest**

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### **Ukraine-Analysen**

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### **Zentralasien-Analysen**

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

---

### **Bibliographische Dienste**

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

---

### **Twitter**

<https://twitter.com/laenderanalysen>